Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 46 — Sonntag, den 17. November — 1912

Agrarierschutz.

Wie sich immer klarer und deutlicher herausstellt, ist die sogenannte Hilfsaktion der Regierung gegen die Fleischteuerung kein Schutzmittel für die werktätige Bevölkerung gegen den Fleischwucher, sondern ein mit demagogischen Künsten verstärkter Schutz für die Agrarier, für die Lebensmittelwucherer.

Gleich nach dem Bekanntwerden der Regierungsbeschlüsse sagten wir, daß ohne die Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh und ohne die Einfuhr argentinischen Fleisches, überhaupt aber durch die Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, nach welchem Gefrierfleisch nur in ganzen Tierkörpern, samt der Eingeweiden, eingeführt werden darf, der agrarische Vieh- und Fleischwucher nicht getroffen wird. Jetzt ist das durch allerhand Maßnahmen von Gemeinden und Vereinigungen, sowie von Konsumvereinen bestätigt. Wohl ist ein kleiner Rückgang der Preise eingetreten, der aber in gar keinem Verhältnis zur Verzollung, Besteuerung und dem durch die Grenzsperre hochgetriebenen Preisen des Fleisches steht. Es war auch gar nicht die Absicht der Regierung, auf die Fleischpreise zu drücken, sonst hätte sie andere, einfachere Maßnahmen treffen müssen.

Die Fleischzufuhr aus Rußland — der obendrein von der russischen Regierung und den russischen Kapitalisten Schwierigkeiten bereitet werden — und aus Dänemark genügt nicht, um den Bedarf zu decken, das Angebot von Fleisch so zu steigern, daß die Preise weichen müßten. Das wußte die Regierung im voraus, darum unternahm sie ihre Scheinaktion gegen die Fleischteuerung. Sie will die Teuerung so hinziehen, daß sich das Volk daran gewöhnen soll. Der Teufel gewöhne sich aber daran, wenn er Hunger und kein Geld hat, die hohen Preise zu zahlen, wie es der arbeitenden Bevölkerung ergeht, die von früh bis abends schuftet, und doch dafür nicht soviel erhält, daß sie sich satt essen könnte.

Es ist also ein ganz ausgekochter Streich, ein paar Happen Fleisch aus Rußland und Dänemark einführen zu lassen, aber sonst die Grenzen geschlossen zu halten, die Zölle nicht zu beseitigen und durch Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes die Zufuhr argentinischen Fleisches unmöglich zu machen. Schon die Aufhebung des § 12 allein würde eine Besserung herbeiführen, denn Argentinien hat so viel Ueberfluß an Vieh, daß die Fleischeinfuhr aus jenem Lande sofort billiges Fleisch dem deutschen Volk massenhaft zur Verfügung stellen kann. Dann aber müßten die Agrarier, diese Volksausplünderer, sofort die Viehpreise herabsetzen, wenn auch immer noch ein Unterschied im Preise für Gefrierfleisch und frisches Fleisch bestehen bleiben würde. Das soll eben aus Rücksicht auf die Fleischwucherer verhütet werden.

Zu diesem volksfeindlichen Zwecke stehen nicht nur die schwarzblauen Parteien im Reichstage zusammen, auch die agrarierfreundlichen Nationalliberalen unterstützen die Ausplünderung des arbeitenden Volkes, wie sich bei der Beratung einer Interpellation über die Fleischnot im preußischen Abgeordnetenhause vorige Woche ergab. Das Dreiklassenparlament wurde nämlich dazu benutzt, die drei Parteien: Konservative, Zentrum und Nationalliberale schon jetzt vorzubereiten auf die Kämpfe, die im Reichstage um die Fleischnot entbrennen werden. Jene Parteien haben den unerhörten Zollwuchertarif 1902 geschaffen, ebenso das Fleischbeschaugesetz und alles, was die Teuerung herbeiführte. Sie wollen nicht an dem „bewährten Wirtschaftssystem", wie man diesen infamen Volksbetrug nennt, rütteln lassen. Woher sollen denn auch Reichtümer zusammengescharrt werden, wenn nicht aus den Taschen des Volkes? Also soll mit einigen Scheinmanövern, die dem ausgeplünderten Volke Minderung seiner Leiden vorspiegeln sollen, alles beim alten gelassen werden.

Schändlich ist es, daß zu diesem Raubzuge selbst sogenannte Arbeitervertreter die Hand bieten. Wieder sind es „christliche" Volksvertreter, wie der Abg. Giesberts, die ein schmähliches Doppelspiel mit den Arbeitern treiben. Sie stellen sich, als ob sie den Arbeitern helfen wollten, während sie mit der pfäffisch-verlogenen Zentrumspartei den Zollwucher aufrechterhalten.

Man höre nur, wie sich Herr Giesberts, der „Arbeitervertreter", für den Agrarierschutz im preußischen Abgeordnetenhause ins Zeug legte. Er sagte u. a.:

„Der Agrarschutz dient nicht den einzelnen Landwirten, sondern der Volksernährung. . . . Dem Gefrierfleisch stehe ich aus eigener Erfahrung in Amerika und England nicht ablehnend gegenüber. Aber (kostbares Aber!) bevor wir den Import aus dem Auslande ermöglichen, muß alles getan werden, um die inländische Produktion zu heben. Daher bin ich auch gegen die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Die Sicherung gesunden Fleisches ist mir wichtiger, als eine Herabsetzung des Preises."

Können sich die Fleischwucherer einen besseren Verteidiger ihrer volksräuberischen Interessen wünschen, als diesen sogenannten Arbeitervertreter? Welch eine plumpe Verdrehung der Tatsachen liegt in der Behauptung, daß der Agrarschutz nicht den einzelnen Landwirten, sondern der Volksernährung diene. Der Zolltarif hat den Arbeitern nichts genützt, nur unendlich geschadet, da er die Preise für alle Lebensbedürfnisse künstlich erhöhte. Es war die Absicht, durch die Zollwucherei die Bereicherung der Besitzenden auf Kosten der Massen zu steigern. Gerade von Zentrumsabgeordneten wurde es bei der Tarifberatung ausgesprochen, daß die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte den Landwirten höhere Einkünfte bringen solle. Natürlich den Agrariern, den Großgrundbesitzern, denn die kleinen Landwirte spüren nichts davon, sie werden durch Futtermittelzölle, Industriezölle usw. ebenfalls geschröpft. Und da kommt ausgerechnet Herr Giesberts daher und behauptet das Gegenteil!

Natürlich! — Wenn er es nicht täte, könnte er unmöglich für die Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes eintreten. Angeblich tut er das „zur Sicherung gesunden Fleisches". Dabei hat dieser Biedermann aber nichts gegen das argentinische Gefrierfleisch einzuwenden, er ist also in Amrika und England nicht am Gefrierfleisch erkrankt. So tritt dieser christliche Führer für die Lebensmittelverteuerung ein, obgleich, wie die auch christliche „Deutsche Tabakarbeiterzeitung" jüngst ebenso zweideutig behauptete, daß der Gewerkschaftskongreß der Christlichen „in der Frage der Lebensmittelteuerung eine ganz klare und offene Sprache geführt hat". An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!—

Nun wird ja demnächst der Reichstag zusammentreten (26. November) und es ist selbstverständlich, daß dort erst wirklich eingehend die Fleischteuerung behandelt werden wird. Dafür wird schon die Sozialdemokratie sorgen. Das absichtlich und künstlich betriebene Vorspiel im preußischen Landtage wird dabei einer kritischen Beleuchtung unterworfen werden. Aber die Beratung im Reichstage wird es den Agrariern und ihren Handlangern nicht so leicht machen, Volkstäuschung zu betreiben. Wenngleich uns nicht zweifelhaft ist, daß die Zollwucherparteien von 1902 auch jetzt mit frecher Brutalität auf ihrer Volksausplünderung beharren werden.

Die Palliativmittel der Gemeinden — mögen sie auch noch so wohlgemeint sein — können dem darbenden Volke nicht helfen, sie sind nur ein Mittelchen für die Regierung, ihre verderbliche Wirtschafspolitik fortzuschleppen. Darum muß tiefer gegriffen werden. Immer lauter muß der Ruf ertönen: Nieder mit dem Agrarschutz — dem Zollwucher und der Grenzsperre!

Die „geduldeten" christlichen Gewerkschaften.

Endlich ist die neue Enzyklika über die christlichen Gewerkschaften bekannt geworden. Sie ist ungünstig für jene Gewerkschaften ausgefallen. Jedenfalls haben die Vertreter der Berliner Richtung katholischer Fachvereine keine Ursache, mit der neuesten Entscheidung des Papstes unzufrieden zu sein, während die Giesberts, Stegerwald und Konsorten ihre Verlegenheit nicht werden verbergen können und versuchen müssen, sich aus der Schlinge zu ziehen.

Die „Kölnische Zeitung" ist in der Lage, den Wortlaut des päpstlichen Rundschreibens an die deutschen Bischöfe zu veröffentlichen. Es ist vom 24. September 1912 datiert, behandelt nur die Gewerkschaftsfrage und ist zu Händen des Kardinals Kopp, des Protektors der Berliner Richtung, befördert worden.

Der Papst versichert zunächst die deutschen Katholiken seiner besonderen Liebe, und wünscht dann, daß Eintracht unter den Katholiken herrsche, und daß die Katholiken auch mit den Mitbürgern, die dem katholischen Bekenntnis fremd gegenüberstehen, Frieden halten. „Was die Arbeitergesellschaften anlangt — obwohl sie dazu bestimmt sind, ihren Genossen die Vorteile gerade dieses Lebens zu verschaffen —, so sind doch jene am meisten zu billigen, und für die von allen geeignetsten für den wahren und wirklichen Nutzen der Genossen zu halten, die vornehmlich auf der Grundlage der katholischen Religion errichtet sind und der Kirche als Führerin offen folgen. Das haben wir selber mehrmals erklärt, als uns die Gelegenheit dazu von verschiedenen Völkern dargeboten wurde. Daraus folgt, daß derartige Vereinigungen katholischer Konfessionen, wie man sie nennt, bestimmt in den Landstrichen der Katholiken und außerdem in allen Ländern, wo immer durch dieselben für die verschiedenen Bedürfnisse der Genossen gesorgt werden könnte, gegründet und mit aller Macht unterstützt werden müssen.

Aber es wäre auf gar keine Weise zu billigen, falls es sich um Vereine handelt, welche die Sache der Religion oder die Sitten direkt oder verblümt berühren, gemischte Vereine zu begünstigen und verbreiten zu wollen, das heißt solche, die aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammengesetzt würden. Denn, um andere Gründe hier auszulassen, schon die Integrität des Glaubens und der gerechte Gehorsam gegen die Gesetze und Vorschriften der katholischen Kirche können wegen derartiger Gesellschaften in wahrhaftig große Gefahren geraten. Daher spenden wir allen reinen katholischen Arbeitervereinigungen, die es in Deutschland gibt, alles Lob und möchten sehnlichst wünschen, daß ihnen alles gelinge, wonach sie zum Vorteile der Arbeitermenge streben, und wünschen ihnen immer ein noch erfreulicheres Wachstum.

Jedoch leugnen wir aber nicht, wenn wir dieses sagen, daß es recht ist für die Katholiken, um für den Arbeiter ein besseres Geschick, einen mehr der Wirklichkeit entsprechenden Zustand des Lohnes und der Arbeit zu sichern, oder aus jedem anderen Grunde von sittlichem Nutzen, mit Anwendung von Vorsicht gemeinsam mit Nichtkatholiken für das gemeinsame Wohl zu arbeiten. Aber für diesen Zweck wollen wir lieber, daß die katholischen und nichtkatholischen Gesellschaften ein Bündnis untereinander schließen mit jener opportunen Erfindung, die man Kartell nennt."

Daher sei er, der heilige Vater, bereit, den Bitten einiger Bischöfe, die sogenannten christlichen Syndikate, wie sie in einzelnen Diözesen beständen, zu tolerieren, mit Rücksicht auf die eigentümliche Lage der katholischen Sache in Deutschland nachzugeben und die christlichen Syndikate zu dulden, unter der Voraussetzung, daß die Leiter dieser Vereinigungen über dieselben wachen. Der heilige Vater fordert nun auf, sich des alten Streites über diese Angelegenheit zu enthalten.

Das hohe Lob, das der Papst den rein konfessionellen Arbeitervereinen, also der Berliner Richtung, spendet, ist bitter für die Maulhelden der christlichen Gewerkschaften, deren größte Stärke gerade darin lag, die Führer der Berliner Richtung als Intriganten, Schleicher usw. herabzuwürdigen. Dazu kommt noch, daß ihnen „der heilige Vater" den Mund verbietet und die kämpfenden Brüder in Christo auffordert, sich des alten Streites zu enthalten.

Eigentlich müssen nun die Mumm, Behrens und die gesamten Evangelischen aus den christlichen Gewerkschaften hinausgetan werden, denn der Papst schreibt vor, mit diesen Verächtern des alleinseligmachenden Glaubens höchstens ein Kartell zu schließen. Wer die jesuitische Politik dieses Erlasses durchschaut, kann sich nicht im Unklaren darüber sein, daß die Evangelischen successive aus den christlichen Gewerkschaften gedrängt werden sollen, falls sie nicht selber gehen. Vorläufig fürchtet offenbar die Klerisei den Eklat, den die sofortige gewaltsame Trennung hervorrufen müßte und den Vorteil, den die freien Gewerkschaften daraus ziehen würden.

Insofern ist der Erlaß, der sonst streng zugunsten rein katholischer Organisationen entscheidet, inkonsequent. Diese Inkonsequenz ist ein Beweis dafür, wie hoch die Macht der freien Gewerkschaften auch in päpstlichen Kreisen eingeschätzt wird, und daß man selbst eine Portion Inkonsequenz nicht scheut, wenn man ihren Aufstieg irgendwie hemmen zu können glaubt.

Der Erlaß ist wohl auf die deutschen Verhältnisse, d. h. auf die christlichen Gewerkschaften zugeschnitten, jedoch mit einem deutlichen Wink an die Katholiken anderer Länder, interkonfessionelle Organisationen nicht zu gründen, oder dort, wo solche bestehen, sie zu reinigen, Ketzer hinauszutun, sich mit ihnen nicht zu vermengen. Nunmehr können die deutschen christlichen Gewerkschaften nicht mehr mit ihrer Interkonfessionalität prahlen, alle die hochtönenden Worte über diesen Gegenstand auf dem Dresdner Kongreß der Christlichen sind umsonst vertan. Die evangelischen Herren aber, die die katholische Toleranz auf jenem Kongreß priesen und sich unter der katholischen Duldung wohl fühlten, die Herren v. Berlepsch und andere, sind die Blamierten.

Freilich, die „christlichen" Führer a la Giesberts, Schiffer, Becker usw. haben die Interkonfessionalität stets nur als ein Aushängeschild betrachtet, mit dem sie gutmütige unwissende Arbeiter glaubten anlocken zu können. Aber diesen Windfahnen, die sich im Zentrum als Abgeordnete nur geduldet wissen und sich im Reichstage nach den Anordnungen der Zentrumsgewaltigen nach allen Richtungen drehen, also nur Handlangerposten haben, wird es nicht schwer fallen, den päpstlichen Anordnungen zu gehorchen. Ihr niedriger Haß gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften mag mit diesen Anordnungen nicht auf seine Rechnung kommen, sie werden indes auf andere Weise mit dem Rücken an die Wand zu kommen suchen.

Eine andere Folge des Erlasses wird das weitere Zurückweichen der christlichen Gewerkschaften vor Lohnkämpfen sein. Nicht ohne Absicht ist in dem Erlaß der geringschätzige Satz von den „Vorteilen gerade dieses Lebens" enthalten, demgegenüber die Schaffung konfessioneller Organisationen hervorgehoben wird. Er ist nach dem Schema abgefaßt: glaube und dulde, bete und arbeite! Deutlicher hat es bekanntlich der Bischof

Henle, Augsburg, ausgedrückt mit den Worten: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!" Es ist in dieser Wendung unschwer die Solidarität der herrschenden Mächte: Thron, Altar, Kapital zu erblicken, denn die Kirche war immer aus Selbsterhaltungstrieb den anderen beiden treu, soweit alle drei gemeinsam gegen die Arbeiter, überhaupt die unteren Klassen ihre Interessen wahrnahmen.

Die christlichen Gewerkschaften wurden von den Vertretern des Kapitalismus mit ungünstigen Augen betrachtet, weil sie in Konkurrenz mit den freien Gewerkschaften hier und da Lohnkämpfen nicht ausweichen konnten. Nun, der Papst hat die erzürnten Kapitalisten durch seinen Erlaß über die „christlichen" Gewerkschaften getröstet. Sie sind von der dem Kapitalismus verbündeten Klerisei nur geduldet, es kann ihnen jeden Augenblick — wenn sie etwa dem Kapitalismus Beschwerden machen — das Lebenslicht ausgeblasen werden. Wenn das jetzt nicht sofort geschieht, so nur in jesuitischer Vorsicht und zwar aus Rücksicht auf die freien Gewerkschaften. Aber der Erlaß gibt den freien Gewerkschaften Anlaß genug, den betörten Arbeitern in den christlichen Gewerkschaften deren Bedeutungslosigkeit zu demonstrieren. Es muß eben alles den „Roten" zum Besten dienen.

Die Zeiten sind vorbei, wo päpstliche Erlasse den unteren Klassen, speziell den Arbeitern, Vorschriften über ihre wirtschaftlichen Bestrebungen im Sinne des Ausspruchs des Bischofs Henle machen konnten. Die Kirche hat selbst dafür gesorgt, daß sie von den Arbeitern als ein Hilfsmittel der weltlichen Mächte zur Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter erkannt worden ist und betrachtet wird. Daher bestätigt der neue päpstliche Erlaß nur, was man in den freien Gewerkschaften längst wußte, daß nämlich die „christlichen" Gewerkschaften auch nur Handlangerdienste für Thron, Altar und Kapital, diese heilige Drei, verrichteten

Rundschau.

Bundesrat und Fleischteuerung. Der Bundesrat hat einem Gesetz zugestimmt, durch das ihm die Berechtigung erteilt wird, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erstatten, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 ℳ oder 27 ℳ der Zollsatz von 18 ℳ für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird.

Die Zustimmung des Reichstages wird nachträglich eingeholt. Damit, daß der Zoll auf Fleisch bis zum 31. März 1914 auf 18 ℳ, wenn auch unter den bekannten Einschränkungen, ermäßigt wird, gibt die Regierung selbst zu, daß der gegenwärtige Notstand nicht vorübergehender Natur ist.

Eine Niederlage der Polizei. Zwei Fälle von angeblicher Uebertretung des Vereinsgesetzes beschäftigten kürzlich die vierte Strafkammer des Landgerichts III (Berlin). In beiden Fällen handelt es sich um Versammlungen für Jugendliche, welche die Polizei als politisch erklärt hat, obwohl sie es nicht waren.

Auf die Verhandlungen selbst einzugehen, verbietet uns der Raum; so lehrreich die Auseinandersetzungen und Angaben auch waren. Genug, daß die Polizei eine eklatante Niederlage erlitt, da das Gericht auf Freisprechung der Angeklagten erkannte. Von besonderem Interesse aber dürfte gerade folgende Darlegung in der Urteilsbegründung sein:

> Eine politische Versammlung liegt nur dann vor, wenn in ihr politische Angelegenheiten erörtert werden. Erörtern heißt, eine Sache nach Grund, Wesen und Wirkung auseinanderzusetzen. Das ist in beiden Fällen nicht geschehen. Es handelt sich also nicht um politische Versammlungen.

So kam das Gericht zur Freisprechung und die rührige Polizei hat die Schlappe weggekriegt, was gewiß außerordentlich zur Hebung ihres Ansehens beitragen wird. Möge allen übereifrigen Jugendhetzern dieses Heil widerfahren.

Vom Petroleummonopol. Der amerikanische Trust macht jetzt auch in Deutschland gegen das geplante Monopol mobil. Die Königsberger Handelskompagnie in Königsberg in Pr., eine Petroleumvertriebsgesellschaft, beruft, wie sie mitteilt, auf Antrag von 16 am Petroleumgroßhandel stark interessierten Firmen eine außerordent. Generalversammlung ein mit der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem seitens der Regierung beabsichtigten Monopolgesetz und der dadurch hervorgerufenen völligen Ausschaltung des Petroleum-Engroshandels, wodurch die vor 40 Jahren von Petroleumgrossisten Ostpreußens mit ausschließlich deutschem Kapital begründete und seither geleitete Petroleumhandelsgesellschaft, die Königsberger Handelskompagnie, gezwungen wird, sich aufzulösen."

Tatsächlich gehört aber die Königsberger Handelskompagnie zur Gruppe des amerikanischen Trusts; die Hälfte ihrer Aktien hat die deutsche Tochtergesellschaft des Trusts, die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, in Besitz.

Ferner haben die Aktionäre der Königsberger Kompagnie an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, von der Einführung des Monopols Abstand zu nehmen, da andernfalls die Gesellschaft zur Auflösung gezwungen wäre. Sollte aber dennoch das Monopol eingeführt werden, so bäten sie um Uebernahme der Aktien zum Kurse von 400 Prozent, damit die bisherige Dividendeneinnahme annähernd kapitalisiert werde. Statt 2,3 Mill. — so hoch beläuft sich das Aktienkapital — wünschen die Herren also 9,2 Millionen als Entschädigung. Wenn die übrigen Gesellschaften gleiche Ansprüche stellen und das Reich ihnen entgegenkommt, würde das Monopol allerdings eine recht hübsche Einnahmequelle für — die Petroleumaktionäre werden.

Wirkung des Einfuhrscheinsystems. Infolge der starken Ausfuhr aus dem Osten Deutschlands nach Skandinavien standen die an und für sich schon hohen Roggenpreise in Königsberg zeitweilig um 10 ℳ pro Tonne höher als in Berlin. Auch die dortigen Mühlen haben unter diesen teuren Roggenpreisen sehr zu leiden gehabt. So erwartet die Königsberger Walzmühle, A.-G., einen erheblichen Rückgang der Dividende.

Ausschluß freigewerkschaftlicher Arbeiterführer von christlichen Generalversammlungen. Bekanntlich wurde auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden der sächsische Landtagsabgeordnete und Bergarbeiterführer, Genosse Krauße, zu den Verhandlungen des Kongresses als Gast nicht zugelassen. Dasselbe geschah mit dem Vertreter des Bergarbeiterverbandes und des sozialdemokratischen Bureaus für Rheinland-Westfalen seitens der letzten Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter in Köln. Neuerdings hat der christliche Verband der Gemeinde-, Staats-, Land- und Fabrikarbeiter sich in Hannover das gleiche Kunststückchen geleistet. Dieser Verband hielt vom 20. bis 23. Oktober seinen Verbandstag in Hannover ab. Zu den Verhandlungen erschien auch ein Vertreter des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes und ersuchte um Erlaubnis, der Tagung beiwohnen zu dürfen. Diese Erlaubnis wurde verweigert, aber nicht für den ganzen Verbandstag, sondern nur für die Zeit, in dem der Geschäftsbericht von dem Vorstand gegeben werden sollte! Daß der Verband sich für diesen Punkt keinen gegnerischen Beobachter auf den Hals laden wollte, kann man nach all den Erfahrungen, die man mit dieser christlichen Organisation gemacht hat, wohl verstehen. Man kann nicht anders als glauben, daß der christliche Verband manches zu verdecken und zu verdunkeln hat. Wenn nicht, warum dann der Ausschluß des Vertreters der Gegenorganisation?

Wiederum ein betrügerischer Streikbrecheragent. Bei der Firma Metallindustrie Schönebeck a. E. streiken die Arbeiter seit einigen Wochen, weil die Firma an den ohnehin schon niedrigen Akkordverdiensten noch weitere Abzüge vorgenommen hat. Als Ersatz für die Streikenden wurden auch hier Hintzemänner angeworben. Dieser Tage fand nun vor dem Amtsgericht Schönebeck a. E. eine Verhandlung statt, veranlaßt durch die Klage eines Arbeitswilligen gegen die Firma wegen plötzlicher Entlassung. Der Kläger war als Vorarbeiter eingestellt worden und wurde plötzlich entlassen, als die Firma erfuhr, daß der Agent, der die Arbeitswilligen vermittelt hatte, sie betrogen hatte. Hierüber teilte die Firma dem Gericht folgendes mit:

> Von den durch den Agenten vermittelten 38 Arbeitswilligen reisten 27 wieder ab; der Agent Möller reiste ebenfalls wieder ab, um dem Auftrage der Beklagten gemäß etwa weitere 70 Arbeiter zu engagieren. Er erhielt zu dem Zwecke auf seinen Antrag 700 ℳ gezahlt, um diese als Reisekosten für die zu engagierenden Arbeiter zu verwenden. Er ist jedoch mit diesem Gelde flüchtig geworden, hat irgendwelche Arbeitskräfte für die Firma nicht engagiert und ist auf Veranlassung der Beklagten vor einigen Tagen in Königsberg in Ostpreußen wegen Betrugs verhaftet und in Untersuchungshaft genommen worden.

In wie vielen Fällen mag der ehrenwerte Herr Streikbrecheragent wohl ähnlich so gehandelt haben? Denn in der Regel werden wohl die solchermaßen Geschädigten ganz verschwiegen sein, um zu dem Schaden nicht auch noch den Spott zu haben. Eine Lehre hat übrigens die Firma Metallindustrie Schönebeck a. E. aus ihren üblen Erfahrungen nicht gezogen, denn sie verhandelt schon wieder mit anderen Streikbrechervermittlern, die ihr gelbe Arbeitswillige vermitteln sollen.

Erhebungen über die Ursachen der Säuglingssterblichkeit sind vom preußischen Ministerium des Innern veranlaßt worden, um für die Bekämpfung der Sterblichkeit die richtigen Anhaltspunkte zu erhalten. Nachdem das Statistische Landesamt zunächst statistische Auskünfte über den Umfang der Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren in den einzelnen Kreisen Preußens erstattet hat, gilt der nächste Schritt einer Erforschung der wahrscheinlichen Ursachen, denen die hohe Sterblichkeit der jüngsten Glieder unserer Nation zur Last gelegt werden muß. Natürlich handelt es sich hierbei um schädliche Einwirkungen mannigfacher Art, die u. a. abhängig sein können: von den Ernährungsverhältnissen (Fehlen oder zu geringe Dauer der Brusternährung, unzweckmäßige künstliche Ernährung usw.), von hygienischen Faktoren wie Wohnungsdichte und Wohnungstemperatur, Art der pflegerischen Versorgung der Säuglinge, ferner der Unehelichkeit, der Erwerbstätigkeit der Mütter u. a. m. Der Minister des Innern hat nun, um über die Sterblichkeitsursachen eine bessere Uebersicht zu gewinnen, die Kreisärzte beauftragt, sich darüber zu äußern, auf welche Gründe nach ihren Wahrnehmungen die Säuglingssterblichkeit innerhalb ihres Amtsbezirks hauptsächlich zurückzuführen ist. Sie sollen besonders auch darüber berichten, ob außer den allgemeinen schädlichen Einflüssen in ihrem Kreise noch besondere Sterblichkeitsursachen sich nachweisen lassen. Endlich soll berichtet werden, in welcher Weise bisher der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit in ihrem Kreise vorgenommen worden ist. Für diese den Kreisärzten aufgetragene Berichterstattung ist folgendes Muster aufgestellt worden:

a) Belehrung: Merkblätter? Vorträge? Kurse für Mütter oder in Haushaltungs- oder Fortbildungsschulen? Propaganda für das Stillen? Stillprämien? Erstatten die Hebammen Bericht über die Häufigkeit des Stillens und erhalten sie dafür Honorare? Sind Säuglingspflegerinnen vorhanden?

b) Geschlossene Fürsorge: Wöchnerinnenheime? Säuglingsheime? Krippen? Hauspflege für Wöchnerinnen?

c) Offene Fürsorge: Milchküchen, Fürsorgestellen? Zentralisierte Ammenvermittlung?

d) Besondere Fürsorge für gefährdete Kinder? Ziehkinderbeaufsichtigung? (Welche Kinder werden als Ziehkinder bezeichnet?) Selbständig oder im Anschluß an einer Fürsorgestelle?

Das ist gewiß ganz gut und nützlich. Aber muß man wirklich noch erst lange fragen, ehe man das Arbeiterelend als Ursache des Massensterbens der Proletarierkinder ermittelt?! Helfen wäre hier so leicht, aber freilich nur — auf Kosten der herrschenden Klassen. Und davor eben scheut man zurück.

25 Millionen für Zwecke der Landeskultur in Preußen. Die preußische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, der einen Kredit von 25 Millionen zur Förderung der inneren Kolonisation vorsieht. Es sollen verwendet werden 12 Millionen für Kultivierung der fiskalischen Hochmoore in Ostfriesland, 10 Millionen für erweiterte Stammeinlagen des Staates bei den gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften in Ostpreußen, Pommern und Brandenburg, sowie für Erhöhung des Zwischenkredits, der zwischen dem Ankauf des Guts und seiner Besiedlung gewährt wird. Weitere 3 Millionen, die in der Kreditvorlage enthalten sind, würden für die Domänen in Frage kommen, die mehr als bisher zur Aufteilung und zur Ansiedlung von Landarbeitern herangezogen werden sollen. —

25 Millionen sind wohl ein Anfang, aber doch nur ein Pappenstiel in Anbetracht der Milliarden, die für Werkzeuge zur Zerstörung der Kultur ausgegeben werden und jährlich in dem Rachen des Militarismus verschwinden. Die Kultivierung von Hochmooren, Unland usw. schafft werbende Anlagen — hier sollte mit Energie und mit großen Mitteln eingegriffen werden.

Ein erschütterndes Bild aus dem Arbeiterleben. Der Dortmunder „Generalanzeiger" schreibt: „Am 28. d. M. erschienen zwei Arbeiter der hiesigen Zinkhütte, Anton Str. und Hermann Stö., auf unserer Redaktion. Sie waren in einem wahrhaft bejammernswürdigen Zustande, krank, abgerissen und ohne Geld. Sie erzählten folgendes: Vor ungefähr zwei Jahren sind sie völlig gesund als Arbeiter bei der Dortmunder Zinkhütte eingetreten. Im September des Jahres sind beide an Lungenspitzenkatarrh erkrankt. Bekanntlich ist die Arbeit in Zinkhütten eine äußerst gesundheitsschädliche. Den Erzen werden Viehsalze beigemischt. Beim Schmelzen des Metalls werden Schwefelgase frei. Diese greifen besonders die Lunge an. Daher ist mindestens die Hälfte der Arbeiter in Zinkhütten, die mit dem Schmelzen zu tun haben, lungenkrank. Beide Arbeiter wurden darauf krank geschrieben und sollten nach der Lungenheilstätte kommen. Die Landesversicherungsanstalt hat sie auch bereits für die Anstalt Lüdenscheid angenommen. Da dieselbe aber ständig besetzt ist, müssen die Bewerber warten, bis ein Platz frei wird. Str. ist zum 31. d. M. einberufen, Stö. hat noch keine Einberufung. Obwohl beide krank und arbeitsunfähig waren, forderte der Direktor der Zinkhütte den Stö. auf, weiter zu arbeiten. Der Kassenarzt hatte aber nur leichte Arbeit gestattet. Der Direktor forderte aber, er müßte arbeiten, was vorkomme. Bald darauf wurde Stö. zum Kassenarzt berufen. Dieser schrieb den Stö. nunmehr gesund und sagte dabei: Sie sind krank, ich muß Sie aber gesund schreiben. Der Kasse könnte nicht mehr aufgeladen werden." Des weiteren wird in dem Artikel gesagt, daß Stö. von einem andern Werk, auf dem er Arbeit suchte, wegen seiner Krankheit zurückgewiesen wurde. Dann schrieb der Arzt ihn wieder krank. Die beiden Arbeiter wohnen in der Arbeiterkolonie der Zinkhütte. Die Gesellschaft stellte an sie das Ansinnen, das Kankengeld zur Bezahlung der Miete zu verwenden, andernfalls die Räumungsklage eingereicht werde. Natürlich mußten die Arbeiter das geringe Krankengeld für den Unterhalt ihrer Familie dringend gebrauchen. Die Frau des Str. hat zudem eben ein Wochenbett überstanden. Die Miete ist nur für einen Monat rückständig. Trotzdem hat die Zinkhütte Räumungsklage eingereicht." Soweit die Darstellung des Blattes, das ein Wort der Kritik natürlich nicht wagt. Dieses erschütternde Bild menschlichen Elends zeigt das Elend weiter Kreise in grellen Farben. Die Schilderung ist geradezu ein Hohn auf unsere vielgepriesene Sozialpolitik und die noch öfter gerühmte Humanität des Unternehmertums. Zugleich wird durch die Ausführungen auch der sehr zweifelhafte Wert der Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, wie Werkswohnungen usw. beleuchtet, und schließlich zeigen die Vorgänge den unheilvollen Einfluß, den die Werke auf ihre Betriebskrankenkassen ausüben können.

Arbeitswillige, Revolver und Messer! Am 16. September 1912 hat in Burg bei Magdeburg der Arbeitswillige Joseph Ruppert den organisierten Arbeiter Karl Fritsche durch einen Schuß getötet!

Am 6. Juni 1912 geriet die Kaczmarekbande, die den Streik bei der Görlitzer Waggonfabrik „brach", sich gegenseitig in die Haare, der „Erfolg" war, daß drei durch Revolverschüsse schwer verletzte Arbeitswillige — von ihren Mitarbeitswilligen schwer zugerichtet! — auf dem Kampfplatz blieben!

Am 30. Mai 1912 wurde im Dorfe Lützelbuch bei Koburg der arbeitswillige Maurerpolier Hoffmann von seinen „Kollegen" bei einer Suffkeilerei erschlagen!

Im März 1912 fielen als Folge der scharfmacherischen Grubenbesitzerpolitik während dreier Streiktage im Ruhrrevier vier Personen, von Revolverkugeln getroffen.

Am 1. Oktober 1910 starb in Moabit der Arbeiter Herrmann an den Folgen einer schweren, durch Säbelhiebe erzeugten Schädelverletzung!

Am 11. Mai 1907 erschoß der Arbeitswillige Former Buscholte den organisierten Arbeiter Höppner!

Am 13. Oktober 1906 schoß der Arbeitswillige Neumann den organisierten Arbeiter Riedel nieder! Es war beim Hafenarbeiterkampf in Kiel.

Am 9. Oktober 1906 erstach der Streikbrecher Wotarsky in Gera den organisierten Handarbeiter Erb!

Die Nürnberger Morde, die „Schießübung" des Gießereibesitzers Vonderhaken, die einem Arbeiter das Leben kostete, die Unmasse der in Moabit, im Ruhrrevier

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 46 — Sonntag, den 17. November — 1912.

Wies gemacht wird.

Die scharfmacherischen Hetzereien finden in der weiten Oeffentlichkeit nicht den genügenden Widerhall, wohl aber dort, wo, wie in Plauen im Vogtland, die rabiaten Unternehmer in den Handelskammern oder ähnlichen Organisationen sitzen. In der Handelskammer des genannten Ortes wurde wieder der Versuch unternommen, die keineswegs wegen Arbeiterfreundlichkeit berühmte sächsische Regierung aufzuhetzen, schärfer gegen streikende Arbeiter vorzugehen.

Der Bedienstete der Kammer, Sekretär Dr. Reichelt, referierte im Namen des Gewerbeausschusses über die Frage des stärkeren Schutzes der Streikbrecher. Einleitend bemerkte er, daß mit dem Umsichgreifen des Organisationsgedankens immer mehr Kämpfe entstehen, deren Begleiterscheinungen Ausschreitungen gegen die Arbeitswilligen sind. Man hat nun eine eingehende Umfrage abgehalten, die ein umfangreiches Material ergeben hat. Der Gewerbeausschuß ist auf Grund des Ergebnisses zur Ausarbeitung einer Resolution gekommen, die der Redner näher begründet.

Der Entwurf beginnt so:

> Auf Grund der Erfahrungen, die im Bezirk der Handelskammer Plauen gelegentlich der sich immer mehr häufenden Lohnkämpfe gemacht worden sind, muß der Schutz der Arbeitswilligen bei Streiks gegenwärtig als sehr mangelhaft bezeichnet werden, und es ist unerläßlich, daß seitens der königlichen Regierung Maßnahmen zur Herbeiführung und Sicherung eines wirksamen Schutzes getroffen werden.

Zunächst, was sind das für Erfahrungen, die man gesammelt hat? Als erste führt er an die Ausschreitungen (!) in Rheinland-Westfalen anläßlich des Bergarbeiterkampfes. Dann kommen der Reihe nach die Gewalttätigkeiten (!) beim Zwickauer Bergarbeiterstreik, beim Crimmitschauer Kampf, beim Streik in der Bürstenindustrie, im graphischen Gewerbe, sowie im Plauener Bezirk. Also eine lange Liste von Lohnkämpfen muß dem Herrn zur Begründung herhalten, um seine reaktionären Gelüste zu befriedigen. Der Mann macht sich ja die Sache furchtbar leicht. Er setzt einfach die Gewalttätigkeit der Streikbrecher und das provozierende Verhalten der Schutzmannschaft auf das Konto der Streikenden und fertig ist die Laube. Weiter nennt er es Koalitionszwang, wenn ein Streikender den andern zu überedeu sucht, mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Beim notwendigen Schutz der Arbeitswilligen sei die Kernfrage das Streikpostenstehen. Das besagt auch die Resolution in folgenden Sätzen:

> Da die eigentliche Ursache der Belästigungen der Arbeitswilligen bei Streiks, der gegen sie gerichteten Bedrohungen und Gewalttätigkeiten meist im sogen. Streikpostenstehen zu suchen ist, erscheint zwar der Wunsch nach einem völligen Verbot des Streikpostenstehens an sich nicht unberechtigt; trotzdem vermag die Kammer den Erlaß eines solchen Sondergesetzes nicht zu befürworten. Denn einmal würden sich die Ausschreitungen gegen Arbeitswillige dann in weit höherem Maße im geheimen abspielen, und ihre strafrechtliche Verfolgung würde dadurch noch mehr erschwert werden. Außerdem würde durch ein derartiges Verbot die im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsfreiheit leicht beeinträchtigt werden, was verhindert werden muß.

Ergänzend sagte der Herr Doktor dazu, daß die Bedrohungen der Arbeitswilligen so geschickt gemacht würden, daß der eigentliche Täter überhaupt nicht zu fassen wäre. Bezüglich des völligen Verbotes des Postenstehens meinte er, daß ein solcher Schritt zur Folge haben würde, daß für die Arbeiter das Koalitionsrecht damit aufgehoben wäre. Das würden sich aber wohl die Arbeiter nicht gefallen lassen; denn sie würden dann auch die Einschränkung der Arbeitgeberorganisationen verlangen. Also nicht das Verbot des Streikpostenstehens an sich ist es, was den Herrn zurückhält, sondern die Konsequenzen, daß damit gleichzeitig die Existenz der Unternehmerorganisationen gefährdet erscheint. Ein liebliches Eingeständnis.

> Die Kammer — so fährt die Resolution fort — vertritt überdies den Standpunkt, daß die vielfach zu beobachtende Ausartung des Koalitionsrechts in Koalitionszwang weniger auf den Mangel an ausreichenden gesetzlichen Vorschriften zum Einschreiten gegen die Auswüchse der Koalitionsfreiheit, als auf die durchaus unzureichende und unzweckmäßige Handhabung der vorhandenen Bestimmungen zurückzuführen ist. Sie fordert daher im Interesse der Arbeitswilligen selbst, wie auch in dem der Arbeitgeber und der Allgemeinheit eine viel strengere und schärfere Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuches, die jetzt von den maßgebenden Behörden in der Regel zu engherzig, dabei aber keineswegs einheitlich ausgelegt werden.

Ferner heißt es in der bandwurmartigen Resolution:

> Nach der seitherigen Praxis sind die Polizeiorgane zu einem Eingreifen erst befugt, wenn Ausschreitungen der Streikenden bereits vorliegen (!) oder wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist, so daß sie sich in ihrer Tätigkeit beschränkt sehen. Ihre Aufgabe muß es aber sein, jeder mißbräuchlichen Ausübung des Koalitionsrechts von vornherein vorzubeugen. Das ist namentlich dadurch zu erreichen, daß bei Streiks, und zwar auch bei den auf einzelne Betriebe beschränkten, in größerem Umfange und viel schneller als bisherein Aufgebot von Polizeibeamten zur Beobachtung aller Vorgänge im Streikgebiet und zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandt wird und daß die Aufsichtsorgane zu einem raschen und energischen Eingreifen angewiesen werden. Auch eine ausgiebigere Anwendung der Polizeiverordnungen über die Regelung des Verkehrs kann, wie vereinzelte Fälle gezeigt haben, zur Beseitigung der in Rede stehenden unerfreulichen Begleiterscheinungen der Lohnkämpfe dienen. Dabei handelt es sich, was ausdrücklich hervorgehoben werden soll, nicht um eine einseitige Unterstützung der Arbeitgeber, sondern lediglich darum, einer Störung der öffentlichen Ordnung sowie Belästigungen der Arbeitswilligen vorzubeugen und die eigentlichen Urheber von Ausschreitungen leichter festzustellen.

Die Handelskammer Plauen richtet daher an die kgl. Staatsregierung das dringende Ersuchen, den Verwaltungsbehörden genaue Anweisungen über die schärfere, schnellere und durchgreifendere Handhabung der vorhandenen Gesetzesvorschriften zu erteilen und sie zu einem entschlossenen Vorgehen zum Schutze der persönlichen Freiheit des Einzelnen und zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und Ruhe anzuhalten. Die Wirksamkeit der bestehenden Gesetze muß weiter durch eine wesentlich beschleunigte Justiz erhöht werden. Nur bei sofortiger Aburteilung aller Streikvergehen innerhalb weniger Tage werden sich die Schwierigkeiten, welche sich jetzt aus dem langsamen Gerichtsverfahren in bezug auf die Ermittelung der Täter ergeben, vermeiden lassen, und nur eine schnelle Bestrafung wird auf die Streikenden einen nachhaltigen Eindruck ausüben. Endlich ist bei der bevorstehenden Reform des Strafrechts zu prüfen, ob die einschlägigen Bestimmungen, insbesondere die der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches, noch ausreichen, oder ob sie einer Ausgestaltung, namentlich hinsichtlich des Strafmaßes, bedürfen.

Nur den Mund richtig vollgenommen und nicht zu wenig verlangt, denken die Industrieritter. Nur ein einziger Unternehmer war so klug, einzuwenden, der Sozialdemokratie könnte man keinen größeren Agitationsstoff bieten, als mit einem Gesetz, daß das Streikpostenstehen verbietet. Aber man verläßt sich auf die Polizei, die nach Ansicht der Unternehmer nur zum Bütteln der Arbeiter da ist. Nur zu, man wird ja sehen, wohin die Scharfmacherei führt.

Zünftlerische Rückfälle.

Die „guten, alten Zeiten", wo das Handwerk „goldnen Boden" hatte, spuken heute noch in manchen Köpfen. Geflissentlich wird von den Reaktionären unter den Kleingewerbetreibenden, denen es an Kenntnis der modernen Wirtschaftsverhältnisse mangelt, die verschrobene Idee genährt, daß heute noch der „goldne Boden" des Handwerks zurückerobert werden könne. Als ob die längst überkommenen zünftlerischen Einrichtungen wieder hergestellt werden oder gar dem Kapitalismus, der allein das alte, zünftlerische Gerümpel über den Haufen geworfen hat, eine Schranke ziehen könnten!

Der Kleinbetrieb wird täglich vom kapitalistischen Großbetrieb mehr dezimiert, ja zermalmt, so daß ihm bei dem rasenden Fortschritt der Großproduktion der Untergang gewiß ist. Da diese Einsicht den meisten der Kleinhandwerker fehlt, hält man sie in ihrer Einfalt hin, beschäftigt sie mit zünftlerischen Spielereien, gaukelt ihnen vor, damit ihre Lage zu erleichtern, günstigenfalls läßt man sie auch Teilarbeiten für den Großbetrieb fertigen, beschäftigt sie also aus Gnade und Barmherzigkeit, aber auch nur dann, wenns dem Kapital Profit bringt, denn Edelmut ist dem Kapitalismus fremd. Alles in allem treibt man aber Schindluder mit dem „kleinen Mann" und spannt ihn vor den Wagen der Reaktion. In seiner Borniertheit fühlt er sich sogar noch geehrt, wenn ihn die herrschenden Klassen als „Stimmvieh" oder sonstwie benutzen.

Die Arbeiter, die, der Entwicklung folgend, sich organisieren und gewerkschaftliche Einrichtungen zum Schutze vor den ausbeuterischen Folgen des Kapitalismus schaffen, ferner auf eine durchgreifende sozialpolitische Gesetzgebung hindrängen, werden von diesen rückständigen Elementen nicht verstanden, vielmehr lassen sich diese Elemente zum Kampfe gegen die Arbeiter mißbrauchen, obgleich sie von dem gleichen kapitalistischen Feind ihr eigenes Elend herleiten können. So stemmen sie sich in ihrem Unverstand z. B. gegen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise und lassen sich lieber für die Arbeitsnachweise mißbrauchen, die von scharfmacherischen und reaktionären Machern im Interesse des Großkapitals, im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen, eingerichtet werden. Gerade den von Gemeinden oder großen Unternehmern geschaffenen Arbeitsnachweisen ist etwas von dem alten, zünftlerischen Zwange eigen, weshalb sich eben gerade die „kleinen Krauter" in ihrer sozialen Unwissenheit dafür interessieren.

Mit den Innungen, die man in der Gewerbeordnung angeblich zum Zwecke der Hebung des Handwerks aufleben ließ, hat das Kleinhandwerk zwar gründlich Fiasko gemacht, aber man hat es doch damit hingehalten und an der Nase herumgeführt, leider auch alte, zünftlerische Spielereien aufgewärmt, die gelegentlich als gute, soziale Einrichtungen hingestellt werden. Die Innungsbrüder müssen heute noch bei jeder zünftlerischen Einrichtung, die gegen die gewerkschaftlichen Einrichtungen der Arbeiter geschaffen werden, die Staffage bilden. Arbeitsnachweise, Arbeits- und Herbergsstätten werden von Gemeindebehörden, unter Inanspruchnahme der Innungsbrüder, eingerichtet, angeblich zum Vorteil der Arbeiter, in Wahrheit zum Vorteil des Unternehmertums.

Das wird aufs neue bestätigt durch einen Vorgang, der sich jüngst in Hessen abspielte. In Mainz tagte eine Versammlung von Vertretern der Kreise und Städte, der Arbeitsnachweise, Arbeits- und Herbergsstätten. Und was war ihr Zweck? Sie beriet über eine — Wanderordnung.

Eine Wanderordnung! Wie klingt das Wort doch herüber aus einer längst vergangenen Zeit! Noch vor fünfzig Jahren hätte das Wort eine besondere Bedeutung für jeden Handwerksburschen gehabt. Heute lächelt jeder darüber, der die moderne Arbeitsvermittlung kennt, besonders, wie sie von Gewerkschaften eingerichtet ist. Die „Handwerksburschen" sind bis auf einen kleinen Rest, der nur noch aus den entlegensten Orten kommt und in alter Weise auf die Suche nach „Kunst" geht, von der Bildfläche verschwunden, und die Einzelnen gehen im Getriebe der Industrie schnell unter. Nur die unglücklichen „Walzbrüder" sind geblieben, die von der großkapitalistischen Wirtschaft ausgespieen und zu dauernder Arbeitslosigkeit verdammt werden. —

Was gegenüber diesen Zuständen eine Wanderordnung noch für Bedeutung haben sollte, bliebe rätselhaft, wenn uns nicht die Ergebnisse jener Beratung in Mainz den wahren Zweck enthüllten. Die Mehrzahl der Teilnehmer war nämlich für folgende Zwangsmaßnahmen. Alle Wanderer haben zuerst den Arbeitsnachweis aufzusuchen, ehe sie in die Arbeits- und Herbergsstätten aufgenommen werden. Die Arbeitsvermittlung sei in der Hand der kommunalen Arbeitsnachweise zu zentralisieren. Nach der Wanderordnung soll der Wanderer verpflichtet sein, eine ihm nachgewiesene geeignete Arbeitsstelle anzunehmen, nicht verpflichtet ist er aber, Arbeit in einem Betriebe anzunehmen, in dem Lohnstreitigkeiten bestehen. Arbeitsunfähige und Arbeitsscheue sollen zu den Arbeits- und Herbergsstätten nicht zugelassen werden. Die Beteiligung der Provinz an den Kosten der Arbeits- und Herbergsstätten wurde befürwortet. Das ist das Resultat der Beratung, das man mit dem Titel Wanderordnung belegte.

Was hat nun die ganze Maßnahme zu bedeuten? Kurz gesagt, ist sie eine Einrichtung, die sich an die Armenunterstützung anlehnt unter dem Vorgeben, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Wir haben so oft das Kapitel Arbeitslosigkeit besprochen, daß wir hier nicht weitschichtig darauf einzugehen brauchen. Lächerlich, der Arbeitslosigkeit, die in der kapitalistischen Produktion Tausende und Abertausende von Arbeitern freisetzt, ohne daß sie aus familiären oder anderen Gründen den Wanderstab ergreifen könnten, durch solche Mittel steuern zu wollen! Lächerlich und empörend zugleich, die, welche dennoch in den elendesten Verhältnissen die Landstraßen zur Arbeitssuche benützen, als Zwangsarbeiter zu behandeln! Einfältig, die heutige Unbeständigkeit des Arbeitsverhältnisses und das daraus entstehende Hin- und Herziehen der Arbeiter vom zünftlerischen Gesichtspunkte aus zu betrachten und mit Korrektionsmitteln regulieren zu wollen! Barbarisch, Arbeitsunfähige von den Herbergsstätten auszuschließen! Und was sind „Arbeitsscheue"? Wer stellt die „Arbeitsscheu" fest? Und was hat die „Arbeitsstätte" für einen Wert, wenn sie nicht Jedem Gelegenheit gibt, sich der Arbeit zuzuwenden? In der Arbeitsstätte könnte doch erst festgestellt werden, ob einer arbeitsscheu ist, der eingestellt wurde. Wirklich Arbeitsscheue gehen ihr sicher aus dem Wege.

Arbeitsuchende wenden sich nur in höchster Verzweiflung dieser Arbeitsstätten zu, weil sie ihnen eine Bedingung und Verpflichtung auferlegen, die nicht mit ihren Absichten, ihren Fähigkeiten und ihren Erwartungen übereinstimmt, vielmehr ihren Interessen entgegensteht. Von der entwürdigenden Manier in der Behandlung der Arbeiter ganz abgesehen, ist also die Arbeitsstätte überhaupt die ganze Einrichtung, die den Namen Wanderordnung zu Unrecht führt, eine soziale Quacksalberei, die nach dem Korrektionshaus riecht.

Vor solch „sozialer Fürsorge" können sich die Arbeiter am besten bewahren, wenn sie sich den Gewerkschaften anschließen und dauernd Mitglied bleiben. In den Gewerkschaften werden ihre Interessen mit Kraft und Würde vertreten. Hier wird der zünftlerisch-reaktionäre Humbug einer Arbeitslosenfürsorge mattgesetzt durch eine geregelte Arbeitslosenunterstützung. Zünftler und Reaktionäre hingegen glauben für ein paar Bettelpfennige unverschuldet Arbeitslose noch wie Auswürflinge behandeln zu dürfen. Und das nennt man „soziale Fürsorge"!

Tabakarbeiterkampf in Holland.

Unsere holländische Bruderorganisation ist in Gemeinschaft mit den drei anderen Tabakarbeiterorganisationen Hollands in den Kampf zur Verbesserung der Lage der gesamten dortigen Tabakarbeiter eingetreten. Auf Wunsch unserer holländischen Kollegen drucken wir zur Informierung nachstehenden Artikel des „Sigarenmakers" ab. Siehe auch Mitteilungen aus dem Beruf und Bewegungen im Beruf! Der „Sigarenmaker" schreibt:

Nun ist die Kugel ins Rollen gekommen. Die meisten Kollegen werden es auch bereits wissen. Es soll nun in 'sHertogenbosch und Amsterdam gestreikt werden, ungeachtet dessen, was darauf folgen wird. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Mitglieder der vier Fachverbände

anderen Orten auf die Straße gesetzt werden. Das werden wir abwarten.

*

Schon lange haben wir es kommen sehen, daß es heute oder morgen zu einer Aussperrung kommen würde. Zunächst hofften wir, daß es ohne Streik noch in Ordnung kommen würde, aber die letzten Briefe der Unternehmer, namentlich die vom 28. September und 22. Oktober, sowie die Konferenz, die die vier Hauptvorstände mit den drei Unternehmervorständen am 22. Oktober hatten, haben unsere Erwartungen auf Null herabgesetzt. Der Brief vom 28. September ist bekannt. In der Konferenz vom 22. Oktober schien es, daß die Unternehmer in der Hauptsache festhalten an ihrem Brief, es sei denn, daß die Klausel über die Beseitigung der Hausarbeit usw. eingezogen wird.

Und die übrigen Punkte, von denen wir nichts hatten, die uns nichts gaben, die uns eigentlich noch weiter von der Sache entfernten, blieben bestehen. Im April d. J. wurden wir durch die Amsterdamer Unternehmervereinigung an ihren Verband in Utrecht an ihren Hauptvorstand, verwiesen. Und im letzten Brief der Unternehmer wurden wir durch ihre drei Hauptvorstände wieder zurückverwiesen an die örtlichen Unternehmervereine.

Der Brief vom 22. Oktober befaßt sich mit dem Resultat der Konferenz von diesem Tage und lautet wie folgt:

„Nach Einleitung unserer Verhandlungen von heute mittag teilen wir Ihnen mit, daß unser Verbandsvorstand unseres Verbandes von Vereinigungen von Zigarrenfabrikanten auf den 6. November eine Sitzung hat, und daß zu dieser Sitzung alle Vorstände der angeschlossenen Vereinigungen geladen werden sollen.

Wird der Ihnen bekannte Vorschlag (hiermit ist der Brief vom 28. September gemeint. Red. d. Sigarenmaker.) in der Sitzung angenommen, so werden die drei Unternehmerorganisationen ihren angeschlossenen Vereinigungen und Kreisen schreiben, daß sie innerhalb sechs Wochen nach obengenanntem Datum — nach Besprechungen mit den Arbeiterorganisationen — Vorschläge über die Regelung des Minimums bei den bezeichneten Hauptvorständen einreichen müssen. Wir werden daraufhin alle möglichen Maßregeln ergreifen, damit die neue Lohnregelung innerhalb dreier Monate nach dem 6. November Ihnen vorgelegt werden kann."

Hieraus ersieht man, daß vor dem 22. Oktober noch nichts veranlaßt und selbst nicht die kleinste Verbesserung in Aussicht gestellt wurde. Aus nachstehendem Schreiben kann man jedoch ersehen, wie die vier Hauptvorstände der Arbeiterorganisationen über den Fabrikantenbrief urteilen:

An die Leitung zur Einführung des gemeinschaftlichen Programms der zusammenarbeitenden Vereinigungen der Zigarrenfabrikanten zu Utrecht.

Meine Herren!

In einer Sitzung der vier Hauptvorstände ist beschlossen worden, Ihnen das folgende zu berichten. Die genannten Hauptvorstände können insbesondere nicht einverstanden sein mit dem Resultat der Konferenz vom 22. Oktober, zusammengefaßt in Ihrem Brief vom gleichem Datum; wir konnten dasselbe unseren Organisationsmitgliedern auch nicht empfehlen, da es ihnen keineswegs genügte. Es ist schon lange her, daß wir durch Einrichtung des gemeinschaftlichen Programms an Ihre Organisationen den Weg bahnen wollten, um durch gegenseitige Besprechungen zu geregelten Zuständen in unserem Beruf zu kommen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern wollten. Daß das notwendig ist, haben wir mehrfach hervorgehoben, insbesondere durch Hinweis auf die zum Teil bedeutende Steigerung der Preise der Unterhaltsmittel. Sie selbst haben anerkannt, daß die Lage der Arbeiter tatsächlich verbesserungsbedürftig ist. In dem Brief des D. B. vom 23. April wird noch gesagt, daß es notwendig ist, die Arbeitsverhältnisse in der Zigarrenfabrikation zu verbessern. Mehrfach erklärten Sie sich bereit, mitzuwirken an einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im April d. J. haben wir dem auch auf Grund dieser Erklärungen unser Vorgehen in Amsterdam und später in Hertogenbosch und Eindhoven zurückgehalten in dem Vertrauen, daß es durch Ihre ernsten Schritte möglich wäre, unsern Wünschen, wie sie im gemeinschaftlichen Programm niedergelegt sind, entgegenzukommen. Um so mehr noch, als Sie sich in Ihren Briefen vom 15. Juni und 3. August bereit erklärten, in der Richtung des betreffenden Programms zu wirken.

Niemand hat vermuten können, daß wir jetzt, Ende Oktober, noch nichts anderes haben, als einige Zusagen, die aber nicht die geringste Gewißheit in sich schließen, daß wir überhaupt etwas erhalten. Wohl ist in dem Brief vom 3. August noch gesagt, daß dem D. B. aufgetragen wird, „in Gemeinschaft mit den Fabrikantenvereinen zu s'Hertogenbosch und Eindhoven Vorschläge in dem Geist des gemeinschaftlichen Programms der Arbeiterorganisationen zu entwerfen", aber jetzt, drei Monate später, ist noch nichts zustande gebracht, das den Arbeitern nur einige Verbesserungen bietet. Der Brief vom 28. September, unterzeichnet von den Vorständen der drei Unternehmerorganisationen, sowie die Konferenz vom 22. Oktober, an der wir und die genannten Vorstände teilnehmen, hat unser Vertrauen, das wir noch hatten, vollkommen zerstört. Wir haben erwartet, daß uns in der Konferenz nun endlich greifbare Vorschläge gemacht werden würden, dagegen wurde uns nur die Aussicht, daß zunächst eine Untersuchung über die verschiedenen Löhne angestellt werden soll, um so eine größere Gleichmäßigkeit der Löhne vorzubereiten. Und weiter. Noch nicht einmal der Brief vom 28. September ist durch einen einzigen der dem Fabrikantenbund angeschlossenen Vereine beachtet worden, so daß die direkte Ausführung des Vorschlages, die sogar von dem Vorstand des römisch-katholischen südlichen Unternehmerbundes verteidigt wird, noch nicht einmal begonnen werden konnte. Das Resultat dieser Konferenz, niedergelegt in Ihrem Brief vom selben Datum, bringt uns keinen Schritt weiter. Die Zusage, die darin gemacht wird, ist so zweifelhaft, daß wir nicht wissen, woran wir sind. Es sollen zwar minimale Aenderungen gemacht werden, aber nur durch die Unternehmer nach Besprechungen mit den Arbeiterorganisationen. Ueber die Höhe dieses Minimums ist überhaupt nichts gesagt worden, mit keinem Wort ist über das in unserem gemeinschaftlichen Programm vorgeschlagene Minimum gesprochen worden, so daß wir nach dieser Richtung hin vollständig im Dunkeln tappen. Bei einer ungünstigen Auslegung ist nicht einmal die Verschlechterung der Löhne mancher Sorten ausgeschlossen. Und wenn wirklich einige Verbesserungen zustande kommen, dann soll es erst nach dem 4. Februar, wenn der Winter schon zum guten Teil hinter uns liegt, geschehen! Das Resultat monatelanger Unterhandlung ist, daß bis jetzt noch nichts festgelegt ist, daß noch nicht einmal ein einziger positiver Vorschlag gemacht und nur eine einzige positive Verbesserung in Aussicht gestellt ist; trotzdem der Winter vor der Tür steht und es doch den Unternehmern mehr als genügend bekannt ist, wie gewaltig die Preise der Lebensmittel gestiegen sind. Uebrigens sagt die Feststellung, daß Ihre Vereine selbst die Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in den Zigarrenfabriken für nötig halten, genug. Unserer Ansicht nach ist es darum um so mehr zu bedauern, daß die zustimmenden Aeußerungen Ihrer Organisationen bezüglich unseres gemeinschaftlichen Programms nicht in Taten umgesetzt werden. Sie begreifen, meine Herren, daß auf diese Weise die Mitglieder sehr ungeduldig geworden sind und daß das Vertrauen der Arbeiter, das, als Sie uns versicherten, die Sache ernsthaft in die Hand nehmen zu wollen, zum Teil gestiegen ist, wieder verloren ging. Um so mehr war das der Fall, weil wir erst durch die örtlichen Unternehmervereine an den Verbandsvorstand verwiesen, und darauf durch den Verbandsvorstand resp. den beiden (Haupt-)Vorständen wieder an die örtlichen Unternehmerorganisationen zurückverwiesen wurden. Daß der Friede bis jetzt gewahrt worden ist, ist denn auch zum großen Teil den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu danken. Da nun aber der Zustand besteht, daß uns nichts Positives vorgelegt worden ist und damit die Arbeiter sich nicht noch während des Winters unter den alten Zuständen durchschleppen müssen, können wir diesen nicht anraten, sich bis auf das nächste Jahr zu vertrösten, zumal nicht sicher ist, daß die Unternehmer dann auf unsere Forderungen wirklich eingehen werden. Wir müssen Ihnen deshalb im vollen Gefühl unserer Verantwortlichkeit mitteilen, daß nunmehr unsere friedliebenden Bemühungen zur Verbesserung, zu Ende sind und in s'Hertogenbosch und Amsterdam bei den Mitgliedern Ihrer Vereine die Arbeit eingestellt werden soll, und zwar am Montag, den 11. November. Sollten von Ihren Vereinen noch uns befriedigende Vorschläge rechtzeitig eingehen, so wird der Streik nicht eintreten.

Hochachtend

Die Hauptvorstände der vier Arbeiterorganisationen.

So wird denn unser gewerkschaftlicher Kampf, unser aktives Vorgehen in der folgenden Woche beginnen, es sei denn, daß die Unternehmer noch zu anderen als ihren bisherigen Beschlüssen kämen.

Man wird begreifen, daß wir nicht voreilig waren, daß wir uns nicht auf Sachen einließen, bei denen wir schließlich wenig erreicht hätten. Die Möglichkeit besteht, daß es sehr lange dauern kann, bis der Kampf beendet ist. Dazu müssen wir uns, soweit es noch nicht geschehen ist, vorbereiten.

Der moralischen Unterstützung unserer Kollegen sind wir sicher. Niemand wird unser gutes Recht bestreiten. Was wir fordern, ist noch nicht einmal soviel wie unser gutes Recht! Es sind selbst einflußreiche Unternehmer, die unser gemeinschaftliches Programm eine tüchtige Arbeit nennen, und die drei Unternehmerorganisationen erklärten, in diesem Sinne wirken zu wollen. Sie erkennen, daß eine Verbesserung in unserem Arbeitsverhältnis nötig ist. Hieraus ersieht man mehr als genügend, daß unsere Forderungen gerechtfertigt sind.

Aber wir haben mehr nötig, als moralische Unterstützung. In der notwendigen finanziellen Unterstützung ist die moralische einbegriffen.

*

Am 11. November soll also unser Kampf, sofern sich nichts Besonderes mehr ereignet, einsetzen. Ein gewichtiger Tag, für uns insbesondere, weil tatsächlich für unsere Bewegung eine neue Periode anbricht, ungeachtet des Ausganges unseres Kampfes.

Zum ersten Male gehen die vier Organisationen gemeinschaftlich in den Kampf. So verschieden auch sonst der Standpunkt und die Ansicht über Taktik ist, so verschieden auch die Lebensanschauungen sind, in der Ansicht, daß Verbesserungen für unsere Fachgenossen kommen müssen, sind wir alle einig. Wollen unsere Unternehmer nicht mitwirken, wollen sie es nur bei Zugeständnissen auf dem Papier belassen, dann soll und muß gekämpft werden. Diese Erkenntnis ist für uns alle von größter Bedeutung.

In diesm Kampf und seiner Vorbereitung zeigen sich so viel Momente, so viel Seiten, daß lange Artikel darüber geschrieben werden könnten; vorläufig wollen wir uns darin nicht beeilen. Wir meinen: Mit dem Schreiben!

Für uns ist die Hauptsache, zunächst unsere Kollegenschaft von dem Stand der Sache zu unterrichten und sie vorzubereiten auf das, was zu geschehen hat. Große Worte und gepfefferte Ausdrücke können unterbleiben. Niemand von uns weiß, wie die Dinge sich entwickeln werden. Aber fest und sicher wird in diesem Streit zum Ausdruck kommen, daß die Tabaksklaven eines Sinnes und eines Willens Schulter an Schulter stehen, um zusammen als ein großes Heer zu kämpfen für ihre Existenz. Die Kollegen von Amsterdam und 's Hertogenbosch stehen im Vordertreffen und parieren den ersten Schlag. Alle anderen, die in dichten Gliedern hinter ihnen stehen, sind bereit, ihnen den Rücken zu stärken, und zwar so kräftig, daß von Verlieren keine Rede sein kann. Das wissen wir im Voraus.

Auch wissen wir, daß unsere Kollegen im Ausland, ob in Europa oder Amerika, uns unterstützen werden. Ihre Sympathie werden sie in klingender Münze zum Ausdruck bringen.

Seit langer Zeit ist in Holland in unserem Berufe kein bedeutender Streik gewesen, der so die Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätte, als dieser. Die Forderungen sind wohl erwogen, von allen Seiten betrachtet; die Unternehmer halten unsern Zustand für verbesserungsbedürftig, alle friedliebenden Mittel zur Erledigung sind angewandt worden, die vier Organisationen sind einig, obendrein sind wir der Unterstützung der Niederländischen Fachverbände sicher! Hoffnungsvoll und kampfesmutig gehen wir diesem Streit entgegen. Vorwärts deshalb, Freunde! Sorgt für Unterstützung. Auf zum Kampf!

Der 22. Verbandstag der amerikanischen Zigarrenmacherunion.

(Cigar Makers' International Union) wurde vom 17. Septmeber bis 4. Oktober 1912 in der Stadt Baltimore abgehalten. Die Zahl der erschienenen Delegierten war 364. Begrüßungsansprachen hielten Bürgermeister H. J. Preston, sowie W. A. Bryan, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells von Baltimore, und James Ferguson, Vorsitzender des Staatsverbandes der Gewerkschaften von Maryland.

Der Verbandstag faßte eine ganze Menge von Beschlüssen, über die im Dezember eine Urabstimmung der Mitglieder stattfindet; nur jene Beschlüsse, welche durch die Urabstimmung ratifiziert werden, erlangen Rechtskraft.

Die bisherige Taktik des Verbandes wird weiterhin eingehalten werden. So wendet sich z. B. ein einstimmig gefaßter Beschluß gegen die Bildung eines Industrieverbandes, da durch die Einbeziehung gut und schlecht organisierter Berufe in einen Verband der ganze Verband auf das Niveau der am schlechtesten organisierten Branche herabgedrückt würde und die Interessen der mehr fortgeschrittenen Berufe nicht entsprechend gewürdigt würden. Das muß zwar nicht der Fall sein, aber bei den amerikanischen Verhältnissen könnte es allerdings leicht eintreten.

Ein Antrag der sozialistischen Delegierten forderte, daß kein Mitglied des Verbandes der bekannten „Civic Federation" (deutsch: Bürgerbund) angehören dürfe; wer aus dieser Vereinigung nicht austritt, solle aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Der Antrag, der 95 Stimmen erhielt, während 253 Delegierte dagegen stimmten, richtete sich in erster Linie gegen Samuel Gompers, den Präsidenten des Amerikanischen Arbeiterbundes und zweiten Präsidenten der Zigarrenmacher; denn Gompers ist auch zweiter Vorsitzender der „Civic Federation", die vielfach beschuldigt wurde, gegen die Interessen der organisierten Arbeiterschaft verstoßen zu haben. Gompers hielt eine lange Rede, in der er die Anschuldigungen widerlegte. Die „Civic Federation" hat in der jüngsten Zeit übrigens nur mehr selten ein Lebenszeichen von sich gegeben, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie bald ganz von der Bildfläche verschwinden wird.

Eine Resolution erhebt Protest dagegen, daß einem Einwanderer das bereits erlangte amerikanische Bürgerrecht aus dem Grunde entzogen wurde, weil er Sozialist ist.

Der Verbandspräsident soll mit den Organisationen der ausländischen Berufsgenossen in Korrespondenz treten, um ein besseres Verhältnis mit diesen Organisationen anzubahnen und den Anschluß der amerischen Zigarrenmacher an das internationale Sekretariat durchzuführen. Den Mitgliedern ist überdies die Frage zur Entscheidung vorzulegen, ob der amerikanische Verband auf dem im Jahre 1913 stattfindenden internationalen Tabakarbeiterkongreß vertreten sein soll; zustimmendenfalls hätten die Mitglieder auch einen Delegierten zu wählen.

Zum Zwecke der Propaganda für die Gewerkschaftsmarke der Zigarrenmacher soll an den Niagarafällen eine große Reklamevorrichtung (mittelst elektrischen Lichtes) erstellt und unterhalten werden; dafür sollen die Mitglieder der Beitragsklassen 15 und 30 Cents eine jährliche Extrasteuer von je 10 Cents zahlen.

Der Verbandspräsident soll einen Bureauassistenten anstellen, der mehrere Sprachen übersetzen kann.

Eine lange Resolution verlangt, die Bundesgesetzgebung der Vereinigten Staaten um das Verbot der Einwanderung aller Asiaten zu ersuchen. Ueberdies wird von den Verwaltungsbehörden gefordert, daß sie der „Einschmuggelung" von Chinesen über die mexikanische Grenze energisch ein Ende bereiten. (Die chinesische Einwanderung ist nämlich schon seit Jahrzehnten verboten.)

Protest wurde erhoben gegen die Verurteilung von Vorstandsmitgliedern des Amerikanischen Arbeiterbundes zu Gefängnisstrafen von 6 bis 12 Monaten, weil diese Arbeiterführer ein gerichtliches Boykottverbot nicht beachten. Dem Hutmacherverband von Nordamerika, der wegen Boykotts zur Zahlung von 240 000 Dollars Schadensersatz verurteilt wurde, sicherte der Verbandstag die moralische Unterstützung der Zigarrenmacher zu; die materielle Unterstützung wäre gewiß ebenso notwendig. Im Zusammenhang damit steht die Forderung, daß das Anti-Trustgesetz, auf Grund dessen die Hutmacher zum Schadenersatz verurteilt wurden, so abgeändert werde, daß es auf Gewerkschaften nicht mehr anwendbar ist. Gerade dem Zigarrenmacherverband drohen bei dem geltenden Rechtszustand große Gefahren, da er sich nicht selten des Boykotts als Kampfmittel bedient.

Der Präsident soll eine Untersuchung darüber anstellen, welche Wirkungen die „Prohibition" (das immer mehr um sich greifende Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke) auf das Zigarrenmachergewerbe hatte. Die Wirkung der Prohibition war gewiß eine sehr ungünstige, da auch in den Vereinigten Staaten in den Schänken und „alkoholischen" Restaurants Zigarren verkauft werden; wo diese „Lasterstätten" im Sinne der Mucker verboten werden, wird die Gelegenheit zum Absatz von Tabakfabrikaten erheblich eingeschränkt.

Von den vorgeschlagenen Statutenänderungen ist besonders die wichtig, daß künftig Zigarrenmacher in den Verband aufgenommen werden dürfen, die in Betrieben beschäftigt sind, deren Inhaber zur Verwendung der Gewerkschaftsmarke nicht berechtigt sind. Sie haben 1 Dollar Beitrittsgebühr und 15 Cents Wochenbeitrag zu leisten und erhalten dafür: Streikunterstützung 16 Wochen hindurch im Ausmaß von 2,50 Dollars und dann im Ausmaß von 1,50 Dollars wöchentlich; Krankengeld von 2,50 Dollars wöchentlich; Arbeitslosenunterstützung von 1,50 Dollars wöchentlich und ihren Hinterbliebenen wird Sterbegeld gezahlt, das von 25 Dollars nach zweijähriger auf 100 Dollars nach sechsjähriger Mitgliedschaft steigt. Die Reisedarlehen solcher Mitglieder dürfen 10 Dollars nicht übersteigen. (1 Dollar entspricht im Nominalwert ca. 4,20 *M.*) Es ist zulässig, diese Arbeiter als Vollmitglieder (mit 30 Cents Wochenbeitrag) aufzunehmen.

Die Wiederbeitrittsgebühr wurde von 3 Dollars auf 5 Dollars erhöht.

Die Bestimmungen über das Sterbegeld wurden so geändert, daß der Verband in Zukunft durch diesen Unterstützungszweig weniger belastet wird als bisher. Gegenwärtig beträgt das Sterbegeld (abgesehen von der obenerwähnten neuen Mitgliederklasse):

Nach	2jähriger Mitgliedschaft	50	Dollars
„	5 „ „	200	„
„	10 „ „	350	„
„	15 „ „	550	„

künftig soll es 50 Dollars ebenfalls nach 2 Jahren betragen, dagegen erst nach acht Jahren 200 Dollars, nach 15 Jahren 350 Dollars und nach 20 Jahren 550 Dollars.

Obzwar die endgültige Entscheidung die Mitgliede durch Urabstimmung zu treffen haben, so ist es doch wahr

wissermaßen durch Willensanstrengung einen Stoß versetzt, ist noch nicht aufgeklärt. Auch Chemiker haben sich mit diesem Rätsel beschäftigt und nehmen an, daß die Steigerung der Körperwärme durch eine schnelle Verbrennung des sogenannten Glykogens stattfindet, des Stoffes, der den Muskeln ihre Kraft verleiht. Dabei muß eine gewisse Menge Fett mitwirken. Man könnte bildlich sagen, daß der Igel beim Erwachen aus dem Winterschlaf in seinem Innern ein Feuer anzündet, wobei das Glykogen das eigentliche Brennmaterial und das Fett eine Masse darstellt, die die Verbrennung unterstützt. Uebrigens geschieht das Erwachen und die Erwärmung des Igels nicht gleichzeitig, sondern das Erwachen geht voran und kann schon eintreten, wenn die Körpertemperatur des Tieres noch sehr niedrig ist. Daraus sollte man schließen daß in der Tat der Igel seinerseits die Erwärmung durch einen Willensakt herbeiführt.

Notizen.

Konstantinopels Schicksale. Wieder einmal nähert sich eine feindliche Armee Konstantinopel und bedroht die Sicherheit der romantischsten aller Städte der Erde, deren Besitz nach einem längst nicht mehr zutreffenden Ausspruch Napoleons die Herrschaft der Welt bedeutet. Konstantinopel, mit Ausnahme Athens die älteste der europäischen Hauptstädte, die an Ruhm und historischer Erinnerung sogar die „Ewige Stadt" übertrifft, hat eine denkwürdige und reichbewegte Vergangenheit. Als griechische Kolonie im 7. Jahrhundert v. Chr. unter dem Namen Byzanz gegründet, soll ihre Lage durch den Spruch des Delphischen Orakels bestimmt worden sein. Es wuchs rasch zu Macht und Größe, und Griechen und Perser kämpften im peloponesischen Kriege um seinen Besitz. Es wurde dabei wechselseitig bald von Athen, bald von Sparta gehalten. In den Tagen des griechischen Verfalls geriet Byzanz zunächst in die Gewalt Mazedoniens und dann in Roms und Kaiser Konstantin wählte es im Jahre 326 zu seiner Hauptstadt und gab ihm seinen Namen. Er war es auch, der den Plan zu seiner Befestigung entwarf. 1204 wurde die christliche Hauptstadt des oströmischen Reiches von den Kreuzfahrern genommen und im Jahre 1261 von den Griechen zurückgewonnen. In der Folge wurde es noch 27 Mal belagert, aber die Kräfte der barbarischen Bulgaren und Türken wurden an dem Doppelgürtel seiner Befestigungen, deren Stärke ihre verfallenen Trümmer noch heute erkennen lassen, immer wieder zu schanden. Das Schicksal brach über die gewaltige Stadt im Jahre 1453 herein, als die Türken sie unter Mohammed II. von der Verbindung mit Thrazien abschnitten und die Belagerung begannen. Ihr Glanz war in jener Zeit schon arg verblichen, sie zählte nur noch 100 000 Einwohner. Am 29. Mai schritten die Moslem zum Sturm, der Szenen von grauenhafter Wildheit entrollte. Sie drangen in die Stadt, überwanden den schwachen Widerstand der Griechen und machten die schwergeprüfte Stadt unter Blut und Schrecken zur Hauptstadt des osmanischen Reiches. Unter den Sultanen wuchs Konstantinopel allmählich wieder zur Größe. Es zählt heute über 800 000 Einwohner, von denen indessen nur etwa 360 000 Türken sind. Vor dem gegenwärtigen Kriege sah sich in neuerer Zeit Konstantinopel schon zweimal von Armeen des Westens bedroht. Im Jahre 1829 befanden sich die Russen, nachdem sie Adrianopel und Kirkkilisse eingenommen, bereits auf dem Wege nach Lule Burgas, als der Sultan eiligst Frieden schloß. Und im Jahre 1878 war eine russische Armee unter Skobeleff wieder im Anzuge auf der Tschataldscha-Straße; und ihren Einzug in Konstantinopel verhinderten damals nur die Bewegungen der englischen Flotte unter Admiral Hornby und die Drohung einer gemeinsamen englisch-österreichischen Aktion.

Maupassant und Zola über den Patriotismus. Einen interessanten Einblick in das Wesen Maupassants und auch in die Denkweise Zolas geben die Aufzeichnungen einer Freundin Maupassants, die jetzt in der „Grande Revue" veröffentlicht werden. Es war im Juli 1887, in Médan. Maupassant begann von den Leiden des Jahres 1870 zu sprechen und sprach von der Revanche. „Aber Zola widersprach, schüttelte den Kopf, behauptete, daß die Preußen den Franzosen gewachsen seien, vor allem aber betonte er den höheren menschlichen Standpunkt; Preußen wie Franzosen seien nur Menschen; ein neuer Krieg sei ebenso verabscheuungswürdig wie unnütz. Maupassant widersprach: „Gewiß, vom Standpunkt der reinen Vernunft dürfte ich auch Frankreich nicht mehr lieben als Preußen; aber ich bin als Franzose geboren; die Feinde haben uns leiden und dulden gemacht in den Gefühlen, die uns die teuersten sind, und daher ist es natürlich, daß ich sie verabscheue. Das sind Gefühle, die nur mein Herz angehen und die kein Verstand und keine Ueberlegung jemals wandeln können." Zola blieb gelassen, und mit dem Tonfall einer gewissen ruhigen Ueberlegenheit behauptete er, Vaterlandsliebe sei nur ein Zeichen der Minderwertigkeit; ein gebildeter Mensch, wie er, der Logik gehorchen. Nur so dürfen wir hoffen, die Wahrheit zu finden und ihr gerecht zu werden." Maupassant wandte ein, die Wahrheit sei nicht eine einfache Frage der Logik und erklärte, er für seine Person könne niemals seinen Patriotismus aufgeben. „Sie haben Unrecht," entgegnete Zola, „es ist unsere Pflicht, die Pflicht aller Schriftsteller, Vorurteile zu bekämpfen und vor allem jene Vorurteile, die Völker verhängnisvolle und gewaltige Fehler und Sünden begehen lassen." Bei der Verschiedenartigkeit der Temperamente konnte die Auseinandersetzung naturgemäß zu keiner Einigung führen, und da Zola nur die eherne Macht der Logik anerkannte, mußten alle Gründe subjektiven Gefühles an ihm abprallen. Aber in Maupassant wirkte die Unterredung nach; er kam am nächsten Morgen wieder auf seine Debatte mit Zola zu sprechen. „Dieser Mann ist ein sehr großer Romandichter," meinte Maupassant, „aber er scheint an nichts zu zweifeln. Er spricht von der Wahrheit mit einer völlig unerschütterlichen Sicherheit. Ich schätze ihn wie kein anderer Mensch auf der Welt, und doch mißfällt mir sein Charakter. In allem, was er tut, offenbart sich ein aufreizender Starrsinn und eine unerschütterliche Unbeugsamkeit. Man kann bei ihm jede Bewegung, jedes Urteil schon vorher berechnen. Ihm fehlt die Ursprünglichkeit und die Impulsivität des Herzens. Sagte er mir nicht erst neulich, das Mitleid bei den Menschen müsse unterdrückt werden wie das gefährlichste aller Laster? Er selbst will nur die Gerechtigkeit. Das ist recht hübsch, aber schließlich muß man den Menschen betrachten, wie er ist, und nicht, wie er sein sollte und nie sein wird. Zola ist ein Utopist, und wie alle sozialen Utopisten fehlt ihm die Psychologie . . ."

Wenn Maupassant die Friedensdemonstrationen des modernen Proletariats noch miterlebt hätte, würde er sich davon überzeugt haben, daß Zola der bessere Psychologe war und daß die Menschheit sich über die nationale Engherzigkeit hinaus entwickelt zum leuchtenden Ziel der Utopie.

Fleischpreise in Alt-Berlin. Nicht heute, sondern vor 50 Jahren zahlte man für das Pfund Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch 25 bis 40 ₰. Vor 150 Jahren war es natürlich noch viel wohlfeiler; denn damals kostete das Pfund bestes Rindfleisch 1 Groschen 6 ₰, Schweinefleisch 1 Groschen 6 ₰, Hammelfleisch 1 Groschen 4 ₰, Kalbfleisch 1 Groschen 2 ₰, laut der Marktlage, die vom preußischen Polizeidirektorium Brandenburg genehmigt war.

Die größte Tabakpfeife der Welt „King's Pipe", des Königs Pfeife, ist in London ein Magazin mit großen Oefen, in welchen geschmuggelte und konfiszierte oder von den Eigentümern in Stich gelassene Zigarren und Tabake verbrannt werden; daher das Wort Pipe. Bei stark beschädigten oder vom Wurm zerfressenen Zigarren und Tabaken tritt häufig der Fall ein, daß die Eigner die Ware für zu wertlos halten, um den Zoll oder die Fracht nach auswärts zu tragen; nach der Verjährungsfrist fällt dieselbe den Zollbehörden zu. Alle auf diese Weise oder durch Konfiskation dem Staate anheimgefallene Ware wird in England nicht wie in anderen Ländern verkauft, sondern aus Rücksichten für den Markt vernichtet. Dabei wird auf den Wert keine Rücksicht genommen; so kommt es häufig vor, daß die kostbarsten Zigarren in der King's Pipe verbrannt werden.

Tord Foleson.*

Aus dem Norwegischen des Per Sivle.

Sie standen in Norwegs Feld gerüstet zum Streit:
Die alte gegen die neue Zeit.
Das, was mußt' fallen, gegen das, was vorgehn sollt'.

Da zogen das Schwert sie zur selbigen Stund',
Der kühne, junge Olaf und der graue Torehunt.
Und der Heerruf erscholl, daß die Erdfesten dröhnten,
Und die Pfeile schwirrten und die Spieße stöhnten.

Nun meldet die Sage: Da trug ein tapfrer Mann,
Tord Foleson, Olaks Banner voran.
Von diesem Bannerträger wird man singen und sagen,
Solang man in Norweg Banner wird tragen.

Denn wie er die tödliche Wunde empfing,
Weit vor in den Kampf mit dem Banner er ging.
Und bevor er fiel, mit der letzten Kraft
Fest in die Erde stieß er den Schaft.

Und die alte Sage, sie tut uns kund:
Tord fiel zu Boden, doch das Banner stundt
Und solches soll förder ein jeder noch wagen,
Der das Freiheitsbanner im Kampfe mag tragen.

Der Mann mag sinken, wenn das Banner steht,
Gleich jenem in Norwegs Feld, wie die Sage geht.
Und das ist das Herrliche, Große auf der Welt:
Das Banner kann stehn, wenn der Mann auch fällt!

* Dieses prächtige Lied wurde bei der Feier der Eröffnung des Chemnitzer Parteitages von einem 600 Mann starken Männerchor vorgetragen.

Monatsbeilage des Tabak-Arbeiter.

Nr. 11 **Sonntag, den 17. November** **1912**

Ludwig Uhland.

Am 13. November 1862 starb in seiner Vaterstadt Tübingen der Mann, der als der Repräsentant der schwäbischen Dichtung angesehen werden muß, Ludwig Uhland. Wie üblich, wird man bei Gelegenheit seines fünfzigjährigen Todestages allenthalben Gedächtnisfeiern für ihn abhalten, und mancherlei wird über ihn geredet werden, was mehr oder weniger zutreffen mag. Allein, wer kennt heute noch Uhland, wer liest noch seine Werke? Allenfalls kennt man ihn als den Dichter einiger Balladen, die in den Schulen gelernt werden, wie: „Des Sängers Fluch", aber man weiß, daß einige zu Volksliedern gewordene Gedichte, unter denen wohl am bekanntesten das Lied: „Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein" sein dürfte, von ihm herrühren. Das ist aber schon viel, und den meisten dürfte Uhland kaum mehr als ein Name sein.

Kein Wunder. Uhland lebte am Ausgange einer Epoche, in der sich das geistige Leben in Deutschland im Rahmen von Kunst und Literatur abspielte. In jener Zeit war es noch möglich, daß ein Dichter im ganzen Volke gekannt und gelesen und verehrt wurde. In unserer Zeit ist das unmöglich. Wohl sind uns auch in den letzten Jahrzehnten Dichter erstanden, wert, daß ihres Namens Ruhm die größten Dichternamen der Vergangenheit überstrahlte. Aber wer kennt sie, wer liest sie?

Wir leben eben nicht in einer Zeit, wo man sich mit einem Band Gedichte ins grüne Gras unter einen Baum legen kann und träumen, nicht in einer Zeit, da man still und friedlich, mit sich und der Welt zufrieden in den Tag hineinleben kann. Unsere Zeit ist eine Zeit voll gewaltiger Aufgaben, das ist eine Zeit gewaltigen Ringens, eine Zeit, in der es gilt, alle Kräfte anzuspannen, das ist die Zeit, in der es gilt, die Welt zu erobern für die gesamte Menschheit, eine ernste, eine zornige Zeit, die Zeit, da das arbeitende Volk die Befreiung des Menschengeschlechts erkämpft.

Was kann die Uhlandsche Muse den arbeitenden Klassen sein? Wer unsere Zeit kennt, und an der Erfüllung ihrer Aufgaben mitarbeitet, dem müssen die Erzeugnisse Uhlandscher Muse wie die Schöpfungen einer fremden Welt erscheinen. Und in der Tat, anders war die Welt Uhlands als die unsere, anders sein Denken und Fühlen. Aufgewachsen in der Enge eines ehrenfesten schwäbischen Bürgerhauses, befangen in den Anschauungen der kleinbürgerlichen, kleinstädtischen Welt, in der er sein Leben verbrachte, konnte er sich nicht zu großen Gesichtspunkten aufschwingen. Wie sein Leben, so seine Dichtung. Er liebte es, sich in das Leben vergangener Jahrhunderte zu vertiefen, in wissenschaftlicher Arbeit, wie in seinen Gedichten. Zuerst unbesoldeter Sekretär beim württembergischen Justizministerium, dann Rechtsanwalt in Stuttgart, endlich Professor der deutschen Literatur in Tübingen — das war seine Laufbahn. Er ist eigentlich Zeit seines Lebens ein württembergischer Partikularist gewesen, selten ging sein Blick über die Grenzen seines Heimatlandes hinaus. Nach Beendigung seiner Studienzeit war er zwar einige Monate in Paris. Aber was brachte er von dort mit? Studien über altfranzösische Dichtung. Das eben war sein Leben: sich in den Geist vergangener Zeiten zu vertiefen, sich in der Dichtung aus der traurigen Gegenwart in die Vergangenheit zu flüchten. Kein Wunder, daß selbst Zeitgenossen von ihm seine Manier ablehnten. So Heine in seiner „Romantischen Schule (Deutschland I). Mit ätzendem Spott schreibt er über Uhland:

„Ich bin in diesem Augenblick in einer sonderbaren Verlegenheit. Ich darf die Gedichtesammlung des Herrn Ludwig Uhland nicht unbesprochen lassen, und dennoch befinde ich mich in einer Stimmung, die keineswegs solcher Besprechung günstig ist. Schweigen könnte hier als Feigheit, oder gar als Perfidie erscheinen, und ehrlich offene Worte könnten als Mangel an Nächstenliebe gedeutet werden. In der Tat, die Sippen und Magen der Uhlandschen Muse und die Hintersassen seines Ruhms werde ich mit der Begeisterung, die mir heute zu Gebote steht, schwerlich befriedigen. Aber ich bitte euch, Zeit und Ort, wo ich dieses niederschreibe,[1] gehörig zu ermessen. Vor zwanzig Jahren, ich war ein Knabe, ja damals, mit welcher überströmenden Begeisterung hätte ich den vortrefflichen Uhland zu feiern vermocht! Damals empfand ich seine Vortrefflichkeit vielleicht besser als jetzt; er stand mir näher an Empfindung und Denkvermögen. Aber so vieles hat sich seitdem ereignet! Was mir so herrlich dünkte, jenes chevaleresk und katholische Wesen, jene Ritter, die im adligen Turnei sich hauen und stechen, jene sanfte Knappen und sittigen Edelfrauen, jene Nordlandshelden und Minnesänger, jene Mönche und Nonnen, jene Vätergrüfte und Ahnungsschauern, jene blassen Entsagungsgefühle mit Glockengeläute, und das ewige Wehmutgewimmer, wie bitter ward es mir seitdem verleidet!"

Freilich, es war ein Traumreich, in das sich Uhland flüchtete, ein Reich des Ideals, das er sich selbst geschaffen hatte. Er trug in das Mittelalter, jene derbfrohe, lebenslustige Zeit, seine eigene sentimentale Gemütsstimmung, seine eigene Weltanschauung. Es ist das Sehnen eines Menschen, der sich in der Welt, in die er gestellt ist, nicht wohl fühlt, nach einer vergangenen Zeit, die er für besser hält als die Gegenwart, es ist das Verlangen einer stillen, zartbesaiteten Natur nach Frieden und Ruhe, das aus seinen Gedichten spricht. Dazu eine naive Freude an der Natur, an einem harmlosen Scherz. So war, wie Heine sagt, der Pegasus Uhlands ein Ritterroß. Und doch, wie verschieden war das Bild, das Uhlands Gedichte von der Zeit der Ritter gaben, von der Wirklichkeit! Heine schreibt in seiner bekannten ironischen Manier darüber:

„Schärferen Blicken als den meinigen will es nicht entgangen sein, daß das hohe Ritterroß mit seinen bunten Wappendecken und stolzen Federbüschen nie recht gepaßt habe zu seinem bürgerlichen Reiter, der an den Füßen statt Stiefeln mit goldenen Sporen nur Schuhe mit seidenen Strümpfen, und auf dem Haupte statt eines Helms nur einen Tübinger Doktorhut getragen hat. Sie wollen entdeckt haben, daß Herr Ludwig Uhland niemals mit seinem Thema ganz übereinstimmen konnte; daß er die naiven, grauenhaft kräftigen Töne des Mittelalters nicht eigentlich in idealisierter Weisheit wiedergibt, sondern sie vielmehr in eine kränklich sentimentale Melancholie auflöst; daß er die starken Klänge der Heldensage und des Volksliedes in seinem Gemüte gleichsam weich gekocht habe, um sie genießbar zu machen für das moderne Publikum. Und in der Tat, wenn man die Frauen der Uhlandschen Gedichte genau betrachtet, so sind es nur schöne Schatten, verkörperter Mondschein, in den Adern Milch, in den Augen süße Tränen, nämlich Tränen ohne Salz. Vergleicht man die Uhlandschen Ritter mit den Rittern der alten Gesänge, so kommt es uns vor, als bestünden sie aus Harnischen von Blech, worin lauter Blu-

[1] Paris 18[illegible]

men stecken, statt Fleisch und Knochen. Die Uhlandschen Ritter dufteten daher für zarte Nasen weit minniglicher als die alten Kämpen, die recht dicke eiserne Hosen trugen und viel fraßen und noch mehr soffen."

Uhland hat auch politische Gedichte geschrieben. Das war zur Zeit der Verfassungsänderung in Württemberg, in den Jahren 1815—1819. Aber auch der Politiker Uhland konnte den Grundzug seines Wesens nicht verleugnen. Die württembergische Regierung wollte die alte, auf mittelalterlicher Tradition beruhende Ständeverfassung aufheben und an ihre Stelle eine modernere, freilich nicht besonders liberale Verfassung oktroyieren. Da gehörte Uhland zu jenen, die dagegen protestierten, und zäh am „alten, guten Recht", d. h. an der mittelalterlichen Ständeverfassung festhielten. In diesem Sinne sind seine „Vaterländischen Gedichte" geschrieben. Durch seine Flucht in das Mittelalter hatte er eine Ehrfurcht vor dem historisch Gewordenen erhalten. So modern, so fortschrittlich auch später seine Politik schien: seine wahren Ideale lagen in der Vergangenheit. Er sah alles unter romantischem Gesichtswinkel. Sein Lebensideal war, ein guter Mensch zu sein. Und das ist er gewesen. Seine aufrechte Natur, sein natürlicher Stolz machen seine Persönlichkeit sympathisch. Was er für recht und billig hielt, dafür trat er ein. Politiker war er nur, soweit ihm das Bürgerpflicht schien. Und dann trieb er Politik mit dem Herzen. Die alten deutschen Wahlkönige, die „Männer von Fleisch und Bein, kernfeste Gestalten, mit leuchtenden Augen, tatkräftig im Guten und Schlimmen", das waren seine Ideale. Aber sein wahrhafter Charakter ließ ihn auch die Rechte des Volkes nicht verkennen. So stellte er sich in der deutschen Nationalversammlung des Jahres 1848, die Deutschland die Einheit geben sollte, auf die Seite der Demokraten. Freilich, anders waren seine Ideale, anders seine Weltanschauung, als die der meisten Demokraten. Indessen, nicht vergessen soll ihm werden, daß er gegen das Erbkaisertum, für einen Präsidenten des deutschen Bundesstaates stimmte. Er blieb sich in dem, was er für Recht erkannt hatte, getreu. Das deutsche Volk, dessen Vergangenheit er so liebte, das blieb sein Ideal. Seine aufrechte Natur, die ihn später alle angebotenen Orden und Ehrungen ablehnen ließ, hätte es nicht gelitten, daß er den Standpunkt einer volkstümlichen Demokratie, basiert auf überkommenen Rechten des deutschen Volkes, je wieder verlassen hätte.

Indes, Uhland war nicht zum Politiker geschaffen. Wohl blieb er seinen Anschauungen getreu, aber es lag ihm fern, sie weiterhin zu verfechten. Nach den Enttäuschungen der nachmärzlichen Zeit zog er sich wieder in seine Gelehrtenstube zurück. In seinem reizend am Neckar gelegenen Hause in seiner Vaterstadt Tübingen verbrachte er die letzten Jahre seines Lebens in beschaulichem Dasein, damit beschäftigt, alte Sagen und Volkslieder zu sammeln, bis der Tod sein stilles Gelehrtendasein abschloß.

Das war seine wahre Welt, die Welt, in der sein zartbesaitetes Gemüt sich wohl fühlte; Sage und Dichtung. Die Welt eines Romantikers, der die Zeit, in der er lebte, nicht verstand. Wo klingt aus seinen Liedern das heiße Freiheitssehnen der vormärzlichen Zeit, wo das Sturmlied des Jahres 48? Zu einer Zeit, da Herweghs Dichtung den Herrschenden das Verlangen des Volkes in die Ohren schrie, da Freiligrath voll Jubel, voll Zorn, voll Stolz und voll Schmerz das Hohelied der Revolution sang, zu jener großen, stolzen Zeit sang ein Uhland von süßer Minne, vom Schmerz des Scheidens, von bunten Blumen und stillen Tälern — die Lyrik des deutschen Professors aus der Zeit der Romantik.

Was kann ein Dichter, der seine eigene Zeit nicht verstand, unsrer bewegten Zeit sein! Mögen die Uhland feiern, die wie er ihre Zeit nicht verstehen, die sich wie er hinausflüchten möchten aus dem Sturme unserer drängenden Zeit in den Frieden, in den romantischen Zauber der Vergangenheit. Große Aufgaben birgt die Zukunft, sollen wir uns da einlullen lassen in unklare Gefühlsseligkeit? Schon bricht das Morgenrot einer neuen Zeit leuchtend hervor! Da ist nicht Zeit, mit dem Kranz im Haar von vergangenen Zeiten zu träumen, da ist nicht Zeit für wehmütiges Wimmern und Klagen. Da heißt es bereit sein, bereit zum Kampfe. Denn Kampf birgt die Zukunft! C.

Das „barbarische Europa".

Bilder aus Nordalbanien.

Das „barbarische Europa" — so hat einmal ein Italiener jenes Gebiet genannt, in dem jetzt die Tschernogorzen (Montenegriner) den Türken die Herrschaft streitig machen wollen. Man kann diese Bezeichnung verstehen. Schon von der Natur scheint Nordalbanien eigens für die Unzugänglichkeit geschaffen worden zu sein, ein Bergland von einer Grauenhaftigkeit, die selbst die Eingeborenen so sehr ängstigt, daß sie dem höchsten Gipfel dieses Felsenreiches der Schijeb-Planina, der bis zu einer Höhe von dritthalbtausend Metern zum Himmel sich reckt, den Namen Prokljeta, der „verfluchte Berg", gegeben haben. Nur wenige Forscher haben den Mut gefunden, hier einzudringen, und von diesen wenigen hat vielleicht nur einer das Glück gehabt, mit reichen Resultaten seiner Mühe heimkehren zu können: der ungarische Gelehrte Dr. Franz Baron Nopcsa. Ein dünnes Heft, betitelt „Parergon einer geologischen Reise" erzählt uns von seiner Ausbeute auf einer Forschungsreise im Lande der Schala und Klementi, also just in dem am wenigsten bekannten Gebiete Nordalbaniens, an der Südgrenze Montenegros, in dem die ersten Schlachten des Balkanslawen-Kreuzzuges gegen die Türkei geschlagen werden. Das Büchlein erschien kürzlich in einem weltabgelegenen Serajewoer Verlag, der gleichzeitig der deutschen Lesewelt die „Tagebuchblätter" eines eingeborenen Albaners, namens Ekren Vlora, vermittelt. Diese beiden Schriften zeigen uns zeitgemäß in interessanten und getreuen Bildern dieses Stück des „barbarischen Europa".

Man hat seit Beginn des Krieges schon mehrfach von den Burgen und Blockhäusern gelesen, die den Montenegrinern bei der Eroberung so viele Opfer kosten. Diese Burgen, in denen die Einheimischen wie in uneinnehmbaren Festungen leben, sind nichtsdestoweniger in höchst primitiver Art erbaut. Eine innere Verbindung der Steine besteht nicht, der Zwischenraum wird einfach mit Grobschlag und kleinen Steinen ausgefüllt, und zu besserem Halt dienen hölzerne Riegel und Querbänder an der Außenseite. Das Charakteristische ist, daß jede bessere Familie eine isolierte burgartige Anlage für sich bewohnt. Jede dieser „Burgen" enthält immer zwei Höfe, den einen für die Männer, den anderen für die Frauen. Das Tor des Männerhofes ist gewölbt. Den Christen war es bis vor kurzem verboten, gewölbte Tore zu besitzen. Die Erdgeschosse des Gebäudes, das den Männern eingeräumt ist, dienen als Ställe; im Frauenhof befinden sich zu ebener Erde die Küche und die Wirtschaftsräume, im ersten und zweiten Stock die Wohnräume. Der Lieblingsaufenthalt der Frauen ist die Veranda im ersten Stock. Hier sitzen sie plaudernd, essend oder arbeitend — nur der Webstuhl ist von der Veranda verbannt, er hat seinen Platz in der Küche neben dem Herd.

Alle Außentore und Gehöfte und alle Zimmertüren sind aus dicken Eichenholzbohlen, mit schweren Eisenspangen und breitköpfigen Nägeln gespickt, die unteren Räume alle fensterlos, und oben gibt es nur schmale Spalten oder Schießscharten, verschließbar mit schweren Holzläden. Fensterscheiben aus Glas kennt man nur in den Städten, und auch dort erst seit zwanzig Jahren. Die Zimmer haben niedrige Decken, kahle Wände, dafür aber zahlreiche Nischen, über denen Gesimse mit zahlreichen festen Haken für die Gewehre angebracht sind. Die Möbelstücke sind desto weniger zahlreich. Der Bequemlichkeit dienen die Holzsofas, die den Wänden entlang angebracht sind, und auf die man Felle und Teppiche wirft, um sie als Betten zu benützen. Neben der Feuerstelle steht das Lichtzeug, eine hochfüßige Lampe mit Schere und Feuerstein; seit neuester Zeit findet man in reicheren Häusern auch „schon" Petroleumlampen. Ehemals waren die albanischen Burgwohnungen auch durch Türme gekrönt, die aber nach einer mißlungenen Revolution von den Paschas des Sultans Abdul Medschid, Vaters Mohammeds V., geschleift wurden.

Das Volk lebt noch in tiefster Dunkelheit. Die moderne Zivilisation hat wohl einzudringen versucht, aber ihr Einfluß schuf höchstens einige Halbzivilisierte, die schlimmer sind als die Unzivilisierten. Diese Halbzivilisierten haben den angeborenen Mut und die natürlichen Vorzüge ihres Volkes verloren, dafür von den Fremden nur die Laster angenommen, sie wurden die willigen Schergen des sultanischen Despotismus, die Sittenverderber und die Urheber der herrschenden Not. Für Verkehrsfortschritt ist nichts geschehen. Um Flüsse, die einzigen Verkehrsadern des Landes, kümmert sich niemand. Brückenmangel überall; wenn die Elemente wüten, ist der Verkehr wochenlang unterbunden; verzweifelt stehen dann die Hirten mit ihren Herden bei der Heimkehr von den Hochweiden an den Ufern vor unüberwindlichen Hindernissen. Selbst die Brücken über die Bojana am Skutarisee, die zur Hauptstadt Nordalbaniens, dem altgeschichtlichen Skutari, dem Scodra der Römer und Ischkodra der Türken, das als Skadar eine zeitlang auch serbisch in der ruhmreichsten Epoche des mittelalterlichen serbischen Zartums war, führen, auch diese Brücken sind so wurmstichig und verfault, daß sie bei der geringsten Ueberschwemmung einsinken. Die Stadt ist häufig von Ueberschemmungen heimgesucht und zerstört wurden. Man hat sie dann neu aufgebaut, aber keinem fiel es ein, sie vor zukünftigen Katastrophen zu schützen. Selbst vor Skutari ereignete es sich, wenn Bojana oder Skutarisee gestiegen sind, daß Karawanen jenseits des Flusses tagelang warten müssen, weil man sich nicht über die überflutete faule Brücke traute.

Wie für den Verkehr haben die türkischen Beherrscher des Landes auch nichts für die Hygiene getan. Die Heilkunde ist hier noch ausschließlich Zauberern überlassen. Von der Berührung mit der Zivilisation hat man nur die Lustseuche gewonnen. Der vorigen Generation war sie noch unbekannt, jetzt sind in manchen Gegenden 97 Prozent der Bevölkerung von ihr heimgesucht! Auch diese Seuche zu kurieren, ist Sache der Hexenmeister. Wohl nirgends in der Welt gibt es so vielerlei ärztliche Spezialitäten, wie unter den albanischen Hexenmeistern. Da gibt es nicht bloß Spezialisten für die verschiedenen Uebel, sondern auch für verschiedene Kuren. Der Biß einer giftigen Schlange kann beispielsweise nur durch Scherbet geheilt werden, das Getränk muß aber von einem Dede, einem Heiligen hergestellt sein. Von einem Dede erwibt der Arzt das Wasser, und nach dem Genuß desselben ist er fähig, Schlangenbisse zu kurieren. Er trinkt aber nicht alles aus, sondern gibt einen Teil in eine Flasche, in der sich eine Schlange befindet, die schon Menschen gebissen hat. Ruft man den Hexenmeister-Arzt zu einem Patienten, so wäscht er ihm die Schlangenbißwunde mit dem so komplizierten bereiteten Wasser, und alles wird gut, notabene, wenn Allah einverstanden ist. Sonst eben nicht. Nicht minder kompliziert ist die Heilkur bei Lungenentzündung. Zuerst wird der Kranke mit Oel, Essig und Salz eingerieben, dann muß er lange schwitzen, dann wickelt ihn der Zauberer in durchlöchertes, mit Honig und rotem Pfeffer beschmiertes Papier und zu guterletzt näht er ihn in die Haut eines frisch geschlachteten Schafes ein und läßt ihn darin, bis der Kranke gesund wird oder stirbt.

Dem Aberglauben ist da ein weiter Spielraum gegeben, und ihm macht nur eines Konkurrenz: das rohe Priestertum aller Konfessionen, besonders aber der Moslems und der Griechisch-Orthodoxen. Die Priester der Griechisch-Orthodoxen sind so abstoßend durch ihr verwahrlostes Aeußere und durch ihre Unmoral, daß der römische Katholizismus bei den Christen stets leichte Propaganda hat. Eine äußerliche Unterscheidung zwischen den Konfessionen ist bei den Fremden schwer festzustellen, namentlich auf dem Lande, wo sich die moslemischen Frauen nicht verschleiern. Diese Moslems sind eben keine guten Moslems und die Christen keine guten Christen. Die Gotteshäuser besucht man nur zweimal jährlich, bei den Moslems an beiden Bairamsfesten, bei den Christen zu Weihnachten und Neujahr. Während der übrigen Zeit des Jahres dienen Kirchen wie Moscheen als Ställe für die Haustiere oder als Getreidespeicher.

(„Frankfurter Ztg.")

Der Winterschlaf des Igels.

Der Igel ist eins der Tiere, die am wenigsten die Schmähungen verdienen, die der Mensch ihnen hat zuteil werden lassen. Daß er gerade ein bildsauberes Tier wäre, oder daß er gar gut röche, wird zwar niemand behaupten wollen. Sonst aber ist er ein großartiger Kerl, ein wahrhaft imposantes Tier, soweit man auf ein so kleines Geschöpf einen solchen Ausdruck anwenden kann. Wer ein noch nicht versucht hat, der verschaffe sich einmal einen Igel, nehme ihn im Taschentuch mit nach Hause, setze ihn auf den Tisch und sich selbst mit seiner ganzen Familie um ihn herum, und er mag dann beobachten, welch ein unsägliches Vergnügen der Igel in seiner Umgebung verbreiten wird. Etwas Komischeres als das ehrliche, aber schlaue Gesicht mit seiner spitzen Schnauze, wenn es aus dem aufgerollten Stachelkleid allmählich zum Vorschein kommt und sich aus einem Haufen von Runzeln herausschält, läßt sich gar nicht denken. Das Imposante am Igel aber liegt in seiner Wahrhaftigkeit und dem Mut, mit dem er den Kampf gegen Gegner aufnimmt, die ihm durchaus überlegen zu sein scheinen. Bekannt ist seine Gegnerschaft gegen die Giftschlangen, mit denen er fast immer fertig wird, auch wenn sie ihm noch so viele Bisse versetzen. Das macht nicht nur sein Stachelkleid, sondern eine seltsame Eigenschaft seines Blutes, die ihn vor der Wirkung der Giftzähne schützt. Ueberhaupt ist er von solcher Lebenszähigkeit, daß er selbst nach den schwersten Verwundungen erst nach längerer Zeit stirbt. Namentlich haben die Naturforscher dem Igel im Winterschlaf ihre Aufmerksamkeit zugewandt. In diesem Zustand ist er von einer Unempfindlichkeit, die das höchste Staunen erregen muß. Man kann ihn beinahe mißhandeln, wie man will, ohne daß er auch nur mit einer Bewegung antwortet. Höchstens fängt er etwas an zu taumeln, um aber gleich wieder in seine Starre zurückzufallen. Die häßlichen Leute, die an solchen Tieren auch mit dem Messer experimentieren, haben das auch beim Igel im Winterschlaf versucht, um dahinter zu kommen, was es mit diesem sonderbaren Zustand überhaupt auf sich hat. Wenn man einem schlafenden Igel das Gehirn herausnimmt, so kann er das natürlich nicht vertragen, aber das Herz bleibt noch zwei Stunden lang leben, und es schlägt sogar noch längere Zeit, wenn der Igel den ganzen Kopf verloren hat. Harmlosen sind die Forschungen, die Professor Artur Thompson am Winterschlaf des Igels vorgenommen hat. Es kam ihm hauptsächlich darauf an, die Vorgänge beim Erwachen des Tieres festzustellen. Es tritt kurz vor dem Erwachen eine auffällig schnelle Erwärmung ein, und zwar kommt diese Erwärmung aus dem Tiere selbst, zum wenigsten, wenn sie ihm nicht von außen zugeführt wird. Ob nun aber dieser Vorgang ganz automatisch erfolgt, oder ob der Igel selbst während des Erwachens seinem Organismus ge-

scheinlich, daß sie auch den Vorschlag des Verbandstages annehmen.

Die Vorschriften über die Gewerkschaftsmarke wurden in mehreren Punkten besser gestaltet und verschärft, um die mißbräuchliche Verwendung der Marke in allen Fällen zu verhindern. F.

Rausgebummelt.

Es klopft an meine Tür. — „Herein!" Die Türe öffnet sich ein wenig und durch den Spalt höre ich mit mitleiderregender Stimme folgendes sagen: „Verzeihen Sie, ein armer Reisender usw." Ich lade zum Eintritt ein und sehe vor mir einen jener Menschen, die leider noch heute dank der gottgewollten Wirtschaftsordnung die Landstraßen bevölkern und sich durch die Mildtätigkeit der Leute durchzuschlagen versuchen. Ich frage den schon in den Jahren befindlichen Mann: „Mein lieber Freund, sind Sie auch organisiert?" Mit zögernder Stimme kommt über seinen Lippen ein „Nein!" Ich frage weiter: „Was haben Sie für einen Beruf?" „Ich bin Zigarrenmacher," entgegnete er. Ich: „Nun, da sind wir ja Kollegen." Wir reichen uns die Hände. Ich: „Kollege, warum bist du denn nicht organisiert? Weißt du denn nicht, daß heute nur durch den Zusammenschluß aller zu einem festen Gefüge überhaupt etwas zu erreichen ist, und du es dann auch nicht nötig hättest, von Haus zu Haus zu gehen und anzuklopfen?" Er: „Ja, das weiß ich wohl; aber höre mich einmal an." Ich biete ihm einen Stuhl an und nun erzählt unser Kollege: „Ich war organisiert, jahrelang organisiert. Durch mein Verschulden aber kam es so weit, daß ich gestrichen wurde, und das kam so: Auf meiner Wanderschaft kam ich nach D., einem kleinen Neste im Brandenburgischen. Ich bekam dort Arbeit. Eine Zahlstelle unseres Verbandes befand sich in diesem Orte nicht. Ich meldete mich in der nächsten Zahlstelle E. an und schickte dann immer pünktlich meine Beiträge ein. Aber dann kam ich ins Bummeln. Ich schickte meine Beiträge nicht mehr so pünktlich ein. Es summte sich der Rest an. Ich versuchte immer wieder, meinen Verpflichtungen nachzukommen; jedoch brachte ich es zuletzt nicht mehr fertig, bei dem leider auch nicht erheblichen Verdienst die restierenden Beiträge zu entrichten, so daß die Zahlstelle mich schließlich streichen mußte. Soweit wäre ja alles noch ganz gut gewesen. Ich hatte ja meine Arbeit, brauchte also den Verband vorläufig nicht. Eines Sonnabends aber wurde ich entlassen wegen Mangels an Arbeit. Da klopfte das Gespenst der Arbeitslosigkeit an meine Tür. Was nun? Durch meinen sträflichen Leichtsinn waren alle meine Rechte, die ich mir durch meine Beitragszahlung erworben hatte, verloren. Mittellos mußte ich notgedrungen den Wanderstab ergreifen und versuchen, mich recht und schlecht durchzuschlagen. Jetzt erst habe ich erkennen gelernt, welchen Wert die Organisation für mich hat, und wäre ich damals nicht so gleichgültig gewesen, stände ich heute nicht als fechtender Kollege vor dir. Von der Arbeitslosenunterstützung, die der Verband zahlt, kann man zwar kein üppiges Leben führen, aber es ist so viel, daß man ohne die Inanspruchnahme anderer Leute ganz gut durchkommen kann. Dies soll mir eine Warnung sein. Sobald ich wieder Arbeit bekomme, trete ich dem Verbande wieder bei und werde stets danach streben, meinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber pünktlich nachzukommen.

Mit diesem Versprechen schieden wir, nachdem ich ihm noch meinen Obulus in die Hand gedrückt hatte.

Wie vielen von unseren Kollegen hat es nicht schon ähnlich gegangen? Wie viele unserer Kolleginnen und Kollegen haben schon, nachdem sie aus der Arbeit entlassen waren, gesagt: Ach, hätte ich mich nur nicht aus dem Verbande herausgebummelt! Wer nennt die Namen?

Breslau, November 1912. W. K.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Deckblattzuschneider. Die Südd. Tabakzeitung veröffentlicht eine Zuschrift, in der ein Fabrikant seinen Kollegen den Rat gibt, das Deckblatt nicht mehr wie bisher dem Zigarenarbeiter zur Verarbeitung zu geben, sondern durch einen besonderen Arbeiter „zuschneiden" zu lassen, um eine bessere Ausnutzung zu ermöglichen. Durch praktische Versucher ist der Schreiber der Ueberzeugung geworden, daß der früher in demselben Blatte gemachte Vorschlag die zu seiner Empfehlung in Aussicht gestellten Vorteile auch einbringt. Es wurde behauptet, daß der Zuschneider ein Deckblatt viel besser einteilen könne als der Zigarenmacher, indem letzterer das ganze Deckblatt nur für das von ihm angefertigte Fasson schneiden könne und dadurch manches Stück Deckblatt zum Abfall käme, welches für andere Fassons noch vollkommen ausreiche. Dagegen könne der Zuschneider bei Kenntnis der in Arbeit befindlichen verschiedenen Fassons das Deckblatt diesen Fassons entsprechend ausschneiden und somit in denkbar intensivster Weise bis zum letzten Fetzen ausnutzen. Der Schreiber sagt, daß das Resultat seines Versuches besonders befriedigend war bei der Verarbeitung von Stückblatt, sowie von minder gleichmäßig sortiertem Vollblatt. Auch konnte er bei großblattigem Deckblatt eine größere Zahl von feinadrigen Zigarren auf diese Weise erzielen, so daß das Aussehen derselben im Durchschnitt eleganter war als nach der alten Arbeitsmethode. Ebenso war es möglich, betreffs der Farben eine bessere Einteilung für die verschiedenen Sorten zu erreichen, womit der Verlust an Ausschuß und dunklen Farben vermindert wurde.

Unsere Meinung ist, daß vom Standpunkt der Arbeiter gegen eine dem Fabrikanten günstigere Arbeitsweise nichts einzuwenden ist, vorausgesetzt, daß die Arbeiter nicht am Verdienst geschmälert werden. Sobald die Aenderung der Arbeitsmethode das Einkommen der Tabakarbeiter schädigt, hat ein Ausgleich durch Lohnerhöhung stattzufinden.

Was nun das empfohlene Vor- oder Zuschneiden des Deckblatts betrifft, so will uns die Zweckmäßigkeit auch für den Fabrikanten nicht einleuchten. Freilich wird hier und da bei einem Blatte ein Stückchen übrig sein, das nicht mehr zu einer Decke für das gerade von dem Arbeiter gemachte Fasson langt, aber da heute schon derartige Stücken nicht fortgeworfen werden dürfen und mit dem nächsten gleichfarbigen zusammen geflickt werden müssen, und da ohnehin auch das Stückblatt sorgfältig verarbeitet werden muß, wüßten wir nicht, wie die größere Sparsamkeit erreicht werden soll. Wer jemals am Brett gesessen hat, muß doch wissen, daß das Deckblattschneiden eine besondere Aufmerksamkeit erfordert, insbesondere muß, da die Blätter nach Größe, Adernlage und Ramponage (letztere hebt bei Stückblatt jede Gleichmäßigkeit auf), der Zigarrenarbeiter in Rücksicht auf das Fasson und die verlangte Sparsamkeit sofort überschauen, wie er die Decke am vorteilhaftesten schneidet; selbst die einzelnen Decken werden, soweit es das Fasson irgendwie zuläßt, abweichend in der Form voneinander geschnitten, um eben eine möglichste Ausnutzung zu erzielen. Nur der wird eine passende Decke schneiden können, der sie verarbeitet; insbesondere trifft das bei komplizierten Fassons zu. Ein besonderer Deckblattschneider wird ganz allmählich von der für ein bestimmtes Fasson benötigten Form der Decke abweichen, eben weil er sich selbst beim Einrollen nicht korrigieren kann, zumal er ja weiß, daß er aus Sparsamkeitsrücksichten die Spezialarbeit verrichtet. Dem Zigarrenarbeiter wird es nicht imer möglich sein, die vorgeschnittenen Decken sämtlich zu verarbeiten, er versucht es vielleicht zunächst, doch wenn es nicht langt, ist entweder die Decke unbrauchbar geworden, auch für ein anderes Fasson, oder er hat seine Zeit vertrödelt und der Verdienst ist dahin. Schließlich scheint uns auch, durch die vorgeschlagene Methode die sonst notwendige sorgfältige Behandlung des Deckblatts zu leiden.

Das beste Mittel zur vorteilhaftesten Verarbeitung des Deckblatts ist ausreichender Lohn, dann erhält man auch tüchtige Zigarrenarbeiter; das ist aber ausgeschlossen, wenn die Fabrikanten mit ihren Betrieben von Ort zu Ort ziehen und ständig neue Kräfte anlernen müssen, wie es heute möglichst niedrigerer Löhne wegen geschieht.

Von der Gewichtszuteilung des Deckblattes, über die die Zuschrift sich ebenfalls ausläßt, reden wir nächstens.

Des Zigarrenarbeiters Lebensabend. Im Gerichtsbericht des „Hamburger Echo" lesen wir nachstehende Notiz: Der Zigarrenmacher Wilhelm Jürgen Karl J. hatte sich heute wieder wegen Betrugs im Rückfalle zu verantworten. Die Verhandlung bot einen Blick in die Leidensgeschichte eines Menschen, der in der „besten aller Welten" trotz der größten Mühe sich nicht redlich durchs Leben schlagen kann. Der Mann, der schon 58 Jahre alt ist, kann nirgend mehr Arbeit finden. Um wenigstens eine Unterkunft zu haben, fällt er auf die bekannten Logisschwindeleien. Vor Gericht schilderte er seine traurige Lage. Er sagt, nicht einmal die jungen Leute könnten Arbeit finden, wie viel weniger er, als alter und invalider Arbeiter. Er habe sich auch schon einmal, da er Lübecker Staatsangehöriger sei, an den lübeckischen Staat gewandt, um Unterkunft im dortigen Werk- und Armenhaus zu bekommen. Doch man teilte ihm kurz und bündig mit, daß er vor seinem 60. Lebensjahre dort keine Aufnahme finden könne. Was soll er machen, um nicht verhungern zu müssen? So mietet er sich denn immer auf zwei bis drei Tage in irgend einem Logis ein, erzählt, er sei ein pensionierter Weichensteller, gibt an, daß er ein Vermögen habe, um auf diese Weise einige Tage Kredit zu haben. Vor Gericht bittet er, ihm doch eine Zuchthausstrafe zu geben, da er im Zuchthaus besser als im Gefängnis verdient. Der Staatsanwalt beantragt unter Berücksichtigung aller mildernden Umstände eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Das Gericht erkennt auf eine solche von 15 Monaten. Als der Mann abgeführt wird, fragt er erstaunt den Vorsitzenden: Warum geben Sie mir denn kein Zuchthaus, wenn ich darum gebeten habe? — Und doch hieß es vor mehreren Jahren einmal: Für die Arbeiter ist gesorgt bis ins hohe Alter hinein. Die Kompottschüssel ist voll." Das Vorkommnis ist auch eine vortreffliche Illustration zu unserem Artikel „Hundeleben", den wir in voriger Nummer des „Tabak-Arbeiter" brachten.

Die holländischen Tabakarbeiter auf dem Kampfplatze. In Holland entwickelt sich ein schwerer Kampf für die Zigarren- und Tabakarbeiter. Die Verhältnisse haben sich so zugespitzt, daß ein Kampf unvermeidlich scheint. Die holländische Tabak- und Zigarrenindustrie ist, da jegliche Tabakbesteuerung fehlt und sehr ausgedehnte Tabakplantagen in Holländisch-Ostindien vorhanden sind, seit Jahrhunderten sehr gut entwickelt. Auch für den Export wird enorm viel produziert. Millionen und aber Millionen werden in Handel und Fabrikation mit Tabak verdient, und die reichsten Familien Hollands haben ihre Reichtümer mit Tabak „erworben".

Die Tabak- und Zigarrenarbeiter Hollands befinden sich aber schon seit Menschengeschlechtern in einer elenden Lage. Die Ursache liegt in der unbegrenzten Kinder- und Hausarbeit, die für den Fabrikanten Riesenprofite, aber für die Tabak- und Zigarrenarbeiter den niedrigsten Lohn und die elendeste Lage von allen Industriearbeitern im Gefolge gehabt haben. In den Großstädten verdienen die Zigarrenarbeiter nur 9 bis 10 Gulden. Sie müssen durch Hausarbeit ihren Verdienst erhöhen. In den Provinzstädten ist die Lage noch schlimmer. Dort treten vielfach auch die Frauen als Konkurrentinnen gegen die Männer auf, und drücken, da sie auch nicht organisiert sind, den Lohn noch unter das Existenzminimum herab. Seit 1894, also innerhalb 18 Jahren, ist der Lohn der Zigarren- und Tabakarbeiter in Holland nicht erhöht worden. Und in dem Bericht der Gewerbeinspektion für 1911 wurde gesagt: „Verschiedenen Ursachen zufolge ist der Lohn der Zigarrenarbeiter in Amsterdam, wo der Lohn noch der höchste ist, so niedrig, daß beinahe alle gezwungen sind, nach Ablauf ihrer Tagesarbeit auf der Fabrik noch Heimarbeit zu verrichten." Und in demselben Bericht wurde konstatiert, daß der Lohn in 'sHertogenbosch, dem südlichen Zentrum der holländischen Tabakfabrikation, acht Gulden pro Woche nicht übersteigt. Es bestehen in Holland jetzt vier Organisationen von Zigarren- und Tabakarbeitern, und zwar die moderne Organisation mit ungefähr 3500 Mitgliedern, eine syndikalistische Organisation mit 800 Mitgliedern, eine katholische und eine christliche Organisation. Die vier Organisationen haben sich 1910 auf ein Programm für eine gemeinsame Lohnbewegung geeinigt, und dem Fabrikantenverein die Forderungen, die sich auf Regelung von Lohn, Kinderarbeit und Akkordarbeit beziehen, überreicht.

Die Arbeitgeber lehnten aber alle Forderungen ab. Die Unterhandlungen sind zwar danach wieder aufgenommen worden und die Organisationen haben sich auf alle mögliche Weise bemüht, die Arbeitgeber zu bewegen, ohne Kampf eine Aufbesserung der elenden Arbeitsbedingungen eintreten zu lassen. Die Verhandlungen sind aber von den Arbeitgebern von Monat zu Monat hingeschleppt worden, und jetzt haben die vier Organisationen den Arbeitgebern endlich mitgeteilt, daß sie die hoffnungs- und aussichtslosen Unterhandlungen beenden und daß die Zigarrenarbeiter von Amsterdam und 'sHertogenbosch vom 11. November ab in den Streik treten. Die Arbeiter sind gezwungen, den Kampf aufzunehmen, um ihre elende Lage zu bessern. Es werden vorläufig 2000 Arbeiter in den Ausstand treten. Die Organisierten, die in Arbeit bleiben, haben einen erhöhten Beitrag zu zahlen. Es wird voraussichtlich ein langwieriger und schwerer Kampf werden, aber die Arbeiter sind gerüstet und die holländische Arbeiterschaft wird auch diese Arbeitergruppe nach besten Kräften unterstützen.

Die Sumatraernte 1912. Auch in diesem Jahre ist durch das deutsche Konsulat in Medan eine Schätzung der Sumatraernte vorgenommen worden. Danach wird 1912 auf eine Ernte von insgesamt 274 340 Ballen zu 80 kg gerechnet, gegenüber einer Verschiffung von 277 839 Ballen der Ernte des Jahres 1911, die auf 264 110 Ballen taxiert wurde. Die 1912er Ernte dürfte aber in Wirklichkeit die Schätzungsziffer noch um einige tausend Ballen übersteigen. Zu Anfang der Pflanzsaison herrschte große Trockenheit, so daß man da und dort bereits eine Mißernte befürchtete. Bei den im Mai gerade noch beizeiten einsetzenden kräftigen Regenfällen erholte sich jedoch der im Felde stehende Tabak sehr rasch und gut, wodurch die 1912er Erne nicht allein quantitativ, sondern auch qualitativ im allgemeinen recht befriedigend ausgefallen ist. Besonders große und gute Ernten erzielten die Unternehmungen der Deli Maatschapyij und der Senembah Maatschapyij. Die Verschiffungen der ersten Partien sollen bereits im November vor sich gehen.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Amsterdam. Seit diesem Frühjahr befindet sich unsere holländische Kollegenschaft in einer Bewegung zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wiederholt geführte Verhandlungen der Vertreter der vier Tabakarbeiterverbände mit Vertretern der drei Arbeitgeberverbände der holländischen Tabakindustriellen führten zu keiner Einigung, so daß die Kollegenschaft in **Amsterdam** und **Hertogenbosch** zum Streik griffen. Infolge dieses Streiks besteht nun bei den organisierten Tabakindustriellen Hollands die Absicht, **alle** organisierten holländischen Tabakarbeiter von der Arbeit auszusperren. Vorbereitungen zu dieser allgemeinen Aussperrung sind von den holländischen Tabakindustriellen getroffen. **Kollegen, meidet Holland während dieses Kampfes!**

Schönlanke. Der Streik bei den Firmen Eckersdorf & Rosenberg, H. Grünbaum und A. Will Söhne ist mit einem Mißerfolg beendet worden. Der Kampf mußte abgebrochen werden, da sich eine große Anzahl Arbeitswilliger eingefunden hatte. Da ein Teil der Streikenden zurzeit nicht eingestellt wurde, ist der Zuzug bis auf weiteres fernzuhalten.

Straßburg. Der Streik bei der Firma „Elsäss. Tabakmanufaktur" ist angesichts der zahlreichen Arbeitswilligen für beendet erklärt worden.

Geldern (Rheinland). Die Bewegung bei der Firma Gebr. Berg ist beendet. Die Firma erhöhte den Minimallohn von 7 auf 7,50 ℳ pro Mille und erhöhte dabei die Löhne um 25 und 75 ₰ pro Mille. Der Lohn des im Wochenlohn beschäftigten Mitarbeiters wurde von 13 auf 15 ℳ erhöht.

Cottbus (Prov. Brandenburg). Der Streik bei den Firmen E. A. Bemmann, B. Segal, Gebr. Stoy dauert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Bünde-Ennigloh. Der Streik bei der Firma Carl Wellensieck & Comp. dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Calbe a. S. Der Streik bei der Firma G. Schulze dauert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Bernburg. Der Streik bei der Firma H. Koch & Comp. dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Leipzig. Der Streik der Sortierer bei Apel & Brunner dauert unverändert fort. Vor Zuzug und Arbeitsannahme bei dieser Firma wird gewarnt.

Frankenhausen a. Kyffh. Der Streik bei der Firma Rabener & Becker dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Pfungstadt. Der Streik bei der Firma Max Freund in Pfungstadt und Griesheim dauert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Wintersdorf (S.-A). Der Abwehrstreik bei der Firma W. Schlenzia dauert fort. Vor Zuzug wird [illegible] gewarnt.

Berichte.

Berlin. Branchenversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarettenindustrie. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Arbeitsnachweises. Referent: Reichstagsabgeordneter Alwin Körsten. 2. Die Lohnbewegung bei Manoli. 3. Branchenangelegenheiten. Der Referent schildert die Kämpfe der Gewerkschaften in früherer Zeit um den Arbeitsnachweis. Er zeigte an der Hand von Beispielen die Schäden der privaten Arbeitsvermittelung für die Arbeiter und ging zum Schluß auf die Formen der heutigen Arbeitsvermittlung der Gewerkschaften ein, die sie sich in zähem Kampfe errungen haben. Zum 2. Punkt schildert K. Krumnow den Verlauf der beendeten Lohnbewegung in der Zigarettenfabrik Manoli. Die Zigarettenarbeiter der Firma forderten von der Betriebsleitung eine Lohnerhöhung von 15 Prozent pro Tausend für Zigaretten ohne und mit Mundstück, für eine zu niedrig entlöhnte flache Zigarette einen Aufschlag von 10 Prozent. Für Hülsenkleben verlangten sie je nach Fasson 70, 60 und 50 ₰ pro Tausend; ferner forderten sie die Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises. Bei den Verhandlungen machte die Firma folgende Zugeständnisse: für Mundstückzigaretten 20 ₰, für Zigaretten ohne Mundstück 15 ₰, für zwei Sorten flache Zigaretten 15 ₰ pro Tausend Lohnerhöhung; für Hülsenkleben bewilligte die Firma 60, 50, 45 und 40 ₰ pro Tausend. Den Arbeitsnachweis lehnte die Firma ab, gab aber die Zusicherung einer gerechteren Arbeitereinstellung. Mit diesen Zugeständnissen beschäftigten sich die Arbeiter obiger Firma in einer Werkstattbesprechung; sie erklärten sich damit einverstanden. Alle Diskussionsredner gaben unverhohlen ihrer Unzufriedenheit mit den Erreichten Ausdruck. Betreffs Arbeitereinstellung habe die Firma so gut wie nichts zugegeben. Der Arbeiterausschuß der Firma muß jetzt ein wachsames Auge auf die Einstellung der Arbeiter haben, damit die alten Mißstände nicht wieder einreißen. Hauptaufgabe der Arbeiter in der Berliner Zigarettenindustrie sei es, den Verband zu stärken, um endlich einmal der Frage der Arbeitsvermittelung für Berlin näher treten zu können. Zum 3. Punkt, Branchenangelegenheiten, ging Tschenchner auf die Mißstände in der Zigarettenfabrik Garbath in Pankow ein. Die Lohnverhältnisse für die Zigarettenarbeiter wären bei der Firma für einen großen Teil Arbeiter schlechter als in größeren Fabriken. Die Hilfsarbeiterinnen erhalten wahre Hungerlöhne. Auf die Ausnutzung jugendlicher Arbeitskräfte richte die Firma ihr besonderes Augenmerk. Im Frühjahr und Herbst, wenn die Schule ein Teil Arbeitskräfte entläßt, sucht die Firma in den Zeitungen Arbeiterinnen für dauernde Beschäftigung und zu gutem Lohn. Der gute Lohn beträgt 6,50 ℳ und 7,50 ℳ pro Woche. In anderen Zigarettenfabriken wird für dieselbe Arbeit ein Anfangslohn von 11 ℳ und 12 ℳ gezahlt. Diese jungen Mädchen unter 16 Jahren haben entgegen den Bestimmungen der Gewerbeordnung keine Frühstück- und Vesperpause. Es ist ihnen aufs strengste verboten, ihren Hunger während der Arbeitszeit zu befriedigen. Die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen im allgemeinen läßt in diesem Betriebe alles zu wünschen übrig. Der Geschäftsführer Herr Junge kommandiert im Kasernenton. Für geringe Versehen werden Zigarettenarbeiter auf Tage hinaus ausgesperrt. Zu Hause können sie über das Wohlwollen der Firma nachdenken. Solch hohe Löhne zahlt die Firma wirklich nicht, daß ihre Arbeiter es sich erlauben können, tagelang zu feiern. Nur durch die Organisation werden bessere Verhältnisse auch bei dieser Firma Platz greifen. Nachdem der Kollege Tschenchner auf die Veröffentlichung im Vorwärts betr. Frankfurt a. M. hingewiesen hatte, ermahnte er nochmals die griechischen Kollegen, den Täuschungsversuchen der dortigen arbeitswilligen Landsleute nicht stattzugeben, sondern jede Arbeit nach Frankfurt a. M. abzulehnen.

Frankfurt a. O. Die am 4. November stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr zahlreich besucht. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Die Teuerung und die Löhne der Tabakarbeiter. Kollege Weigmann erstattet den Kassenbericht. Es war eine Einnahme von 694,34 ℳ zu verzeichnen. Dem stand eine Ausgabe von 337,07 ℳ gegenüber; 290 ℳ wurden an den Vorstand gesandt, so daß ein Bestand von 66,37 ℳ verbleibt. Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt 177,18 ℳ. Der Mitgliederbestand betrug 53 männliche und 46 weibliche. Auf Antrag des Kollegen Manthei wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf nahm der Gauleiter M. Kiesel zu seinem Vortrag das Wort. Redner schilderte in klarer, verständlicher Weise den Anwesenden die Teuerung und wies nach, daß nur eine Kaste davon Vorteil habe, das wären die Junker, die es auch verstanden haben, von Jahr zu Jahr die Preise für ihre Erzeugnisse in die Höhe zu treiben. Die Reichsregierung fördere dieses Preistreiben. Die Dürre des vorigen Jahres sei als eine Schickung des Himmels bezeichnet worden, aber selbst von dieser haben die Junker Vorteil gehabt. Der Wissenschaft wäre es leicht gewesen, nachzuweisen, daß bei einer solchen Preistreiberei der notwendigsten Lebensmittelpreise das Volk an einer Unterernährung leidet und zugrunde geht. Redner wies nach, daß die Tabakarbeiter zur Selbsthilfe greifen müssen, um sich durch die Organisation eine bessere Lebenslage zu erkämpfen. Sind es doch die Tabakarbeiter, die bei diesen Erwerbsverhältnissen am meisten zu leiden haben, erstens als Produzenten und dann als Konsumenten. Hat doch die Reichsregierung durch ihre fortwährende Steuer- und Zollpolitik das fernere Blühen und Gedeihen der Tabakindustrie verhindert. Da haben die Tabakarbeiter alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der letzte Tabakarbeiter, die letzte Tabakarbeiterin der Organisation beitrete, um durch diese ihre Existenz menschenwürdiger zu gestalten. Reicher Beifall lohnte den Redner. Die Kollegen Strehl und Golz kamen im Anschluß hieran auf die örtlichen Verhältnisse zu sprechen und ersuchen alle Anwesenden, im vollen Maße ihre Pflicht zu tun, damit die unorganisierten Kolleginnen über ihre schlechten Erwerbsverhältnisse aufgeklärt und der Organisation zugeführt werden; dann wird auch für die Frankfurter Tabakarbeiterschaft die Zeit kommen, sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

Wiesbaden. Am 4. November fand hier eine gut besuchte Versammlung der in Zigarettenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Gauleiter Schnell referierte über: Warum muß sich die Jugend gewerkschaftlich organisieren? Die meisten Teilnehmer waren Jugendliche. In einem dreiviertelstündigen Vortrag beleuchtete Redner die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit; 8 Stunden wären vollständig genug. Hauptsächlich sei die Verkürzung für die verheirateten Frauen dringend notwendig, da sie ja ihre Hauswirtschaft auch noch verrichten müßten. Dann müsse dahin gestrebt werden, daß den Frauen für gleiche Arbeit gleicher Lohn gezahlt werde. Heute würde die Frauenarbeit dazu benutzt, um die Löhne zu drücken. Alles müsse sich organisieren, das Alter spiele keine Rolle; alle Arbeiter und Arbeiterinnen brauchen die Organisation als die Vertreterin ihrer Interessen. Dann wurden von dem Redner noch Beiträge und Leistungen des Deutschen Tabakarbeitre-Verbandes den Anwesenden auseinandergesetzt. In der Diskussion fordert die Kollegin Stock ebenfalls alle auf, dem Verband beizutreten. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten fand die Versammlung ihr Ende. Eine große Zahl von Kolleginnen, welche zum erstenmal in einer Versammlung waren, traten dem Verband sofort bei. Mögen sie auch immer treu bleiben.

Calbe. Mitgliederversammlung vom 4. November. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt unser Gauleiter Heinrich Vorax einen Vortrag über: Was will der Deutsche Tabakarbeiter-Verband? Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Beim 2. Punkt wurde über den Streik bei der Firma Schulze beraten. Nach 17wöchentlichen Kampf hatte die Firma kleine Zugeständnisse versprochen, aber zwei Arbeiter konnten die Zustimmung des Vorstandes nicht abwarten und kümmerten sich nicht um ihre kämpfenden Kollegen, sondern leisteten der Firma Rausreißerdienste, in dem sie die Arbeit aufnahmen. Dann wurde einstimmig beschlossen, den Streik weiter zu führen und mit diesen beiden Arbeitswilligen nach Vorschrift des Statuts zu verfahren. Also, Kollegen und Kolleginnen, vor Zuzug nach diesem Betriebe wird gewarnt!

Dresden. Am 6. November tagte eine Mitgliederversammlung der Zigarettenarbeiter-Sektion, in welcher Landtagsabgeordneter Genosse Müller über „Antike und moderne Sklaverei" referierte. Der Vortragende hält einen instruktiven Vortrag über das Thema und führt unter anderem aus: Sklavenarbeit habe es gegeben seit den frühesten Zeiten der Weltgeschichte. Die Griechen waren der Ansicht, daß jede Arbeit, die verrichtet wird, Sklavenarbeit sei. Ferner schildert er die Verschiedenheit der Sklavenhaltung bei den einzelnen Völkern, sowie die Beschaffung der Sklaven. Die Kriege, die früher geführt wurden, geschahen nicht hauptsächlich aus dem Grunde, sich Land zu erobern, wie es heute der Fall ist, sondern dienten mit dazu, sich billige Arbeitskräfte, sich Sklaven zur Arbeit zu verschaffen. Später, nach der Entdeckung Amerikas, kam der Handel mit Sklaven auf, in der Hauptsache mit Negern (dem sogenannten Ebenholz). Viele Hunderttausende wurden von Afrika nach Amerika transportiert und geschah der Transport oft in der ungenügendsten Art und Weise. Die Kirche selbst hat die Sklaverei hochgehalten, sich selbst als Beschützerin derselben aufgespielt. Erst im Jahre 1839 wurde durch den Papst Gregor der Sklavenhandel verboten. Die Engländer haben zuerst mit demselben gebrochen und hörte derselbe 1847 auf. Jedoch ganz scheint die Sklaverei nicht aufgehört zu haben, denn wie wären sonst solche Dinge möglich, wie sie noch in der jüngsten Zeit vorgekommen sind; wie konnte sonst ein Peters, Leist, Prinz Arenberg hausen, und wie erklären sich anders die Verhältnisse in den Kautschukländern! Die Bewirtschaftung großer Plantagen in den Kolonien wird heute kaum anders aufrecht erhalten als durch Haltung von Sklaven, man gibt der Sache nur einen anderen Namen. Der Referent verbreitete sich noch in längeren Ausführungen über die Leibeigenschaft, eine andere Art des Sklaventums, und beendet unter Beifall seinen Vortrag. Unter Punkt 2 gibt die Kollegin Stolz die Abrechnung vom Tanzabend der Sektion, der mit einem kleinen Ueberschuß abgeschlossen hat. Auf Vorschlag derselben Kollegin werden zwei Revisoren gewählt, und zwar die Kollegen Paulack und Richter. Beim 3. Punkt der Tagesordnung kritisiert Kollege Domeyer das Verhalten der Kollegen im Betriebe Casanova bei einem Streitfalle und weist noch auf die Fa. Selowsky hin, wo eine Reihe Mißstände erst durch Verhandlung beseitigt wurden. Kollege Wiedrich behandelt die heutigen Arbeitsverhältnisse und zieht einen Vergleich mit dem Sklaventum. Es wird zum Schluß noch aufgefordert, den am 3. Dezember im Volkshaus stattfindenden Lichtbildervortrag der Sektion recht zahlreich zu besuchen.

Berlin. Die ordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin fand am 7. November statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Bruno Berg in der üblichen Weise. Nachdem Kollege Boerner auf die am 15. November stattfindenden Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse und auf die am 17. November stattfindenden Gewerbegerichtswahlen hingewiesen und zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert hatte, erstattete Kollege Alwin Schulze den Kassenbericht für das 3. Quartal. Nach demselben bilanziert die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 7505,56 ℳ, die Lokalkasse mit 9025,88 ℳ. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 3. Quartals 1287. Zum 2. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Haße einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Die sozialen Kämpfe in der modernen Gesellschaft." Unter Verschiedenem gab Kollege Hanisch die Abrechnung vom Sommerfest. Einer Einnahme von 483,40 ℳ steht eine Ausgabe von 488,85 ℳ gegenüber, so daß ein Defizit von 5,45 ℳ zu verzeichnen ist. Auf Grund eines Antrages der Sektion der Zigarrenmacher soll eine Kommission, bestehend aus den drei Sektionsleitern und einigen Verwaltungsmitgliedern, sich mit der Neubearbeitung des Arbeitsnachweisreglements beschäftigen. Zum Schluß wurde auf Antrag der Verwaltung das Gehalt des Ortsbeamten auf 2200 ℳ erhöht.

Eingegangene Literatur.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 6. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Krieg und die Internationale. Von K. Kautsky. — Die Balkankrise und die innere Zersetzung der Türkei. Von Assen Zankoff (Sofia). — Innere Kolonisation. Von Karl Marchionini. — Die Qualifikation der Fabrikarbeit. Von F. M. Wibaut (Amsterdam). — Literarische Rundschau: Dr. Fritz Rothe, Die Fleischversorgung der Großstädte. Von Ernst Meyer. Emil Müßig, Preisentwicklung in der Montanindustrie seit 1870. — Notizen: Eine Richtigstellung. Von A. Bebel. — Zeitschriftenschau. Von J. Köttgen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 ℳ pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ₰.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 23 des vierte Jahrgangs heben wir hervor: Geburtstag. — Die soziale Revolution. Von G. Eckstein. — Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von A. Rudolph (Schluß). — Der heilige Pillendreher. Von Wilhelm Bölsche (Mit Abbildungen). — Kaiser, Bundesrat und Reichstag (Schluß). — Zwei jugendliche Raubmörder als Opfer der Schundliteratur. Von W. H. — Hüben und drüben in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. — Aus der Jugendbewegung (Dresden, Plauen). — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Warum? Erzählung von Ilse Frapan. — Die Fabrikarbeiterin. Gedicht von Emma Dölz. — Ludwig Uhland. Von Otto Koenig. — Alte deutsche Städte. Von Bruno (Mit Abbildungen). — Ein Fuder Heu. Von Ernst Allmsloh. — Bücher für die Jugend. — Die Begegnung. Skizze von Hermann Thurow.

Vom **„Wahren Jacob"** ist uns soeben die 23. Nummer des 29. Jahrganges im Umfange von 16 Seiten zugegangen, die ein Porträt des verstorbenen Genossen Bömelburg enthält. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 ₰. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen. —

Am 18. und 19. November, vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 2 bis 5 Uhr,

findet in Breslau, Werderstrasse 26, in den Räumen von Hils & Oberländer

der Verkauf

der aus der Konkursmasse Hils & Oberländer stammenden Waren statt,

welche aus Posten von versteuerten und unversteuerten Tabaken sowie ca. 4000 Formen in nur modernen Fassons besteht.

Wir laden Interessenten zum Besuch ein.

L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstrasse 24

Ortsbeamter-Gesuch.

Für die **Zahlstelle Mannheim** wird zum baldigen Antritt ein **umsichtiger Ortsbeamter** gesucht. Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung (1900 ℳ, steigend jährlich um 50 ℳ bis 2300 ℳ, unter Zahlung der Invaliden- und Privatbeamtenversicherungsbeiträge und ein Drittel der Krankenkassenbeiträge). Bewerber, die Tabakarbeiter sein müssen, wollen sich **bis spätestens 1. Dezember** bemühen, ihre Offerte, die einen selbstgeschriebenen Lebenslauf unter Angabe ihrer seitherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und einen Aufsatz über die Tätigkeit eines Ortsbeamten enthalten muß, mit der Aufschrift **„Bewerbung"** an den Unterzeichneten einsenden.

Das Aktionskomitee.

J. A.: Christian Stock, Gauleiter, Heidelberg, Hauptstraße 113a.

Offeriere div. hundert Zentner

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 95 ₰, bei Abnahme von 100 Pfund 90.— ℳ. Franko Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 ₰-Zigarren. Ill. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme. [13

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Ältestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegr. 1884.

Drucksachen

aller Art

Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co.

Roh-Tabak-Versand!

Karl Ramm

Altona (Elbe) b. Hamburg

Kronprinzenplatz 2

Aus meinem reichhaltigen Lager sämtlicher Sorten Rohtabak zur Zigarrenfabrikation empfehle besonders: [21

Sumatra-Decken 180, 200, 225, 230, 250, 300, 320, 330, 350, 360, 370, 400, 450, 500, 600, 650 ₰. **Sumatra-Umbl.** 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170 ₰. **Java-Decken** 180, 200, 220, 250, 300, 350 ₰. **Java-Umbl. u. Einl.** 110, 115, 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ₰. **Brasil-Decke** 200, 230, 250 ₰. **Brasil-Umbl. u. -Einlage** 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 175 ₰. **Havanna-Umbl. u. -Einlage** 130, 140, 150, 160, 230, 250, 300 ₰. **Domingo** A 110, F 120, FF 130 ₰. **Cuba** 180 ₰. **Losgut** (nur ausl. blattige Tabake) 100 ₰. Keine Rabattpreise. — Nur netto Kasse. — Versand unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 **Neustadtswall 36** Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ₰
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ₰
Java-Decker dunkel 220 ₰, hell 260, 280, 300, 320 ₰
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ₰
Java-Einlage 95 ₰, mit Umbl. 110, 120, 130 ₰
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 ₰
Brasil-Decker 175, 200, 210 ₰
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 ₰
Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 ₰
Havana 200, 250, 300, 400 ₰
Decker 700 ₰
Yara-Cuba 200, 220 ₰, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 ₰
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 ₰
Domingo-Umbl. 110, 120, 130 ₰
Domingo-Einlage und Umblatt 100 ₰
Rio-Grande-Decker 120, 130 ₰, **Einlage** 110 ₰
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 ₰, **beste Sorte** leicht und sehr blattig 110 ₰

Wickelformen { neu und gebraucht in allen Fassons von 50—150 ₰ / **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 ℳ. **Gummi-Tragants,** allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 ₰. **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 ₰. **Bastbündelband,** grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 ₰. [9

Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

und in anderen Städten Verletzten sind nicht mit aufgezählt. Die Liste würde zu lang, zu fürchterlich!

Und solche Elemente sollen staatlich noch mehr geschützt werden!

Eidgenössisches Amt für Sozialversicherung. Der schweizerische Bundesrat beantragt bei der Bundesversammlung die Schaffung eines Versicherungsamtes, das aber nichts mit der Privatversicherung, sondern nur mit der neuen Kranken- und Unfallversicherung und den weiter hinzukommenden staatlichen Versicherungen (Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung) zu tun haben soll, deren Einführung es vorzubereiten und zu fördern hätte. Besonders soll es sich auch mit der Versicherung der in den eidgenössischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten befassen und weiter den Bundesrat bezw. das Industriedepartement, dem es direkt untersteht, bei der Ausführung des Versicherungsgesetzes unterstützen. Das Personal der neuen Abteilung soll aus einem Direktor, Adjunkten, Experten sowie Sekretär, einem Versicherungsmathematiker und zwei Kanzleigehilfen bestehen. Es sind bereits in das Budget pro 1913 dafür 81000 Fr. eingestellt.

Uruguay. Ein soeben in Kraft getretenes Gesetz setzt den achtstündigen Maximalarbeitstag fest für alle öffentlichen Betriebe, Fabriken, sowie für die Häute-, Leder- und Textilindustrie, d. h. für rund 70 Prozent aller Exportindustrien. In manchen Gewerben besteht der Achtstundentag übrigens schon seit Jahren. Alle Bemühungen der Unternehmer gegen das Gesetz waren fruchtlos.

Berichte.

Freiberg. In der am 19. Oktober stattgefundenen Versammlung lautete die Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal, 2. Abrechnung der Lokalkasse, 3. Kartellbericht, 4. Gewerkschaftliches. Zu Punkt 1 gibt Kollege Schmidt die Abrechnung bekannt. Die Einnahme beträgt 3024,08 *M*, der eine Ausgabe von 1691 *M* gegenübersteht und mithin ein Kassenbestand von 1333,08 *M* verbleibt. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 497,09 *M*, die Ausgabe 216,57 Mark, verbleibt demnach ein Kassenbestand von 280,52 *M*. Dem Kassierer wurde auf Antrag des Kollegen Simmel einstimmig Entlastung erteilt. Zum 3. Punkte Kartellbericht gibt Kollege Jurich bekannt, daß das Gewerkschaftskartell mit dem Plan zur Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle an die Gewerkschaften herangetreten ist. Dieses ist nur dann möglich, wenn die Kartellbeiträge um ein bedeutendes erhöht würden. Nach lebhafter Debatte, an welcher sich die Kollegen Heyne, Schmidt und Böhme beteiligen, wird diese Angelegenheit zurückgestellt. Ferner berichtet Kollege Klose, daß vom Kartell ein Anteilschein in Höhe von 20 *M* der Glasmachergenossenschaft in Lauscha angenommen worden ist. Zum 4. Punkt wurden noch einige weitere örtliche Angelegenheiten erledigt.

Jastrow. Am 27. Oktober fand unsere Vierteljahrsversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung der Verbands- und Lokalkasse; 2. Verschiedenes. Einnahme und Ausgabe der Verbandskasse bilanzierte mit 1306,32 *M*. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Lokalkasse ergab eine Einnahme von 44,03 *M*, der sich eine Ausgabe von 16,85 *M* gegenüberstellte. Die Richtigkeit wurde durch die Revisoren bestätigt. Kartelldelegierter P. Wendler stellte den Antrag auf Bewilligung von 5 *M* für das im Sommer stattgefundene Gewerkschaftsfest. Der Antrag wurde angenommen. Unter Verschiedenes wurde vom Kollegen Hoffmann Propaganda für die in nächster Zeit stattfindende Ortskrankenkassenwahl gemacht. Es scheidet der Kollege Görtz aus, der auf eine Wiederwahl verzichtet. Es wurde an seiner Stelle Kollege Maduske gewählt. Unter anderen wurde dann über die in der Fabrik von Taubenschlag herrschenden Mißstände scharfe Kritik geübt. Es wurde der Verwaltung überlassen, für Beseitigung der Mißstände einzutreten. Ferner wurde bekannt gegeben, daß bei der Firma Wegner zwei Hausarbeiter beschäftigt werden, welche nicht organisiert sind. Die Kollegen der Firma wollen diese dem Verbande zuführen. Auch soll im Januar die Lokalkassenfrage geregelt werden. Kritisiert werden auch die Lohnverhältnisse am Orte. Der Kollege Hoffmann fordert von der Verwaltung, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: Der Arbeitsnachweis. Zum Schluß fordert der Vorsitzende Schumann die Kollegen und Kolleginnen zu großer gegenseitiger Offenherzigkeit in Arbeitsangelegenheiten auf.

Hamburg-Altona. Mitgliederversammlung vom 30. Oktober. Es wurde zunächst die Wahl einer Sektionsleitung für die Zigarrenarbeiter vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Zwerner, Pehmöller und Ausborn. Sodann gab Gauleiter Hackelberg seinen Rechenschaftsbericht für die letzten vier Quartale und verlas die Abrechnung vom letzten Streik, sowie den Stand der Einnahmen und Ausgaben verschiedener lokaler Einrichtungen. Weiter erstattete Hackelberg Bericht über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung sowohl im Gau wie auch im hiesigen Städtekomplex. Die Frage, ob die Erhöhung des hiesigen Minimallohnes von 11 *M* gefordert werden solle, habe die Verwaltung beschäftigt. Man schlage vor, hiervon vorläufig Abstand nehmen zu wollen, jedoch zu versuchen, eine Erhöhung für die besseren Sorten bei den hiesigen Tariffirmen durchzusetzen. Zu diesem Zweck soll in nächster Zeit eine Zusammenkunft der hiesigen Tarifsfabrikanten veranlaßt werden. Nach längerer Debatte fand folgende Resolution Annahme: „Die heutige Versammlung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß mehrere Tarifsfabrikanten anläßlich der Lohnbewegung die Löhne freiwillig erhöhten. Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrag der Ortsverwaltung und Gauleitung einverstanden, eine Versammlung der Tariffabrikanten einzuberufen und erwartet, daß diese sich ebenfalls für die Vornahme von Lohnaufbesserungen entscheiden wird." Den Kartellbericht erstatteten Kokartis und Schröder. Eine ausgedehnte Debatte veranlaßte der Antrag der Kartellkommission, betreffend Reduzierung der Zahl der Delegierten. Hörmann und Schröder traten für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes ein, während Ostertag, Sander und Wittrock für den Antrag der Kartellkommission eintraten. Die Versammlung erklärte sich schließlich gegen wenige Stimmen mit dem Antrag der Kartellkommission einverstanden.

Döbeln. Die Mittwoch, den 30. Oktober, stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hesse über Katholizismus, Evangelismus und Sozialismus; 2. Kartellbericht; 3. Abrechnung vom 3. Quartal; 4. Verschiedenes. Zum 1. Punkt nahm Genosse Hesse das Wort, um in einstündigem Referate die Grundlinien der Entwicklung dieser Bewegungen zu erläutern. Mit großem Interesse lauschten die Anwesenden, und der Beifall am Schlusse zeigte, daß man seinen Ausführungen Dank zollte. Ueber die Sitzung des Gewerkschaftskartells berichtete Kollege Fanta, und wurde Diskussion hierzu nicht gewünscht. Kollegin Hesse erstattete hierauf den Kassenbericht für das 3. Quartal. Daraus ist als besonders erfreulich zu verzeichnen, daß die 45 Sortiererkollegen einmütig ihren Uebertritt bewirkt haben. Unter Punkt Verschiedenes wurde angeregt, ein Vergnügen zu arrangieren, und einstimmig die Verwaltung beauftragt, der nächsten Versammlung einen diesbezüglichen Vorschlag zu unterbreiten. Nachdem Kollege Oehmigen noch eine Anzahl Adressen zum Zwecke einer Hausagitation festgestellt hat, erfolgte Schluß dieser anregenden Versammlung.

NB. Wenn auch der Besuch unserer Versammlungen nicht gerade schlecht genannt werden kann, muß doch konstatiert werden, daß er bedeutend besser sein könnte und auch werden muß. Besonders die männlichen Zigarrenarbeiter möchten sich lebhafter daran beteiligen. Zur Agitation ist es ganz besonders notwendig, daß sich mehr Kolleginnen und Kollegen beteiligen, denn groß ist die Schaar derer, die uns noch fernsteht, und unmöglich kann von den Verwaltungsmitgliedern allein diese Riesenarbeit erledigt werden. Ist auch der Erfolg nicht immer gut, so dürfen wir uns doch nicht abschrecken lassen, sondern müssen immer wieder Bresche schlagen; die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind doch derartig, daß der Tag nicht mehr fern sein kann, an welchem es „endlich tagen muß".

Hirschberg. Mitgliederversammlung vom 8. November. Kollege Zirkler erstattet den Kassenbericht; die Kasse ist von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden worden; dem Kassierer wird Decharge erteilt. Zum Kartellbericht macht Kollege Hain die Kollegen auf die im nächsten Frühjahr zu errichtende Versicherung „Volksfürsorge" aufmerksam. In nächster Zeit werden Fragekarten an die Mitglieder ausgegeben werden und wird aufgefordert, die Karten gewissenhaft auszufüllen. Auch machte Kollege Hain auf die in nächster Zeit stattfindenden Humoristischen Abende aufmerksam, die vom Gewerkschaftkartell arrangiert werden und bat um zahlreichen Besuch. Dem soll so viel wie möglich Folge gegeben werden. Auf Vorschlag des Kollegen Hain wurde beschlossen, beim Todesfall eines Mitgliedes einen Kranz mit Schleife im Werte von 5 *M* zu spenden; dieser Betrag wird aus der Lokalkasse entnommen, später aber, wenn die Kasse leistungsfähiger sein wird, wird die Zahlstelle durch eine Deputation vertreten. Die dazu bestimmten Kollegen erhalten eine entsprechende Entschädigung. Ein Antrag des Kollegen Zirkler, die Versammlung an jedem dritten Sonntag im Vierteljahr stattfinden zu lassen, wird einstimmig angenommen. Auch wird die Versammlung in Zukunft vorher im Tabak-Arbeiter bekannt gemacht. Den Revisoren wird für jede Revision eine Entschädigung von 50 ₰ bewilligt. Auch die Bevollmächtigten sollen eine Entschädigung erhalten und zwar vom 1. Januar nächsten Jahres ab. Aus der Mitte der Versammlung wird der Antrag gestellt, den durchreisenden ausgesteuerten Kollegen eine Unterstützung zu gewähren. Nach lebhafter Debatte wird beschlossen, eine solche von 50 ₰ zu gewähren und zwar von Neujahr ab. Die Auszahlung erfolgt durch Kollegen Schoder, Aeußere Burgstraße Nr. 4. Es werden noch verschiedene Anfragen erledigt.

Liegnitz. Am 4. November fand unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung der Verbands- und Lokalkasse; 2. Wahl eines 1. Bevollmächtigten; 3. Kartellbericht; 4. Verschiedenes. Kollege Demmig verlas die Abrechnung vom 3. Quartal und der Lokalkasse. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt machte sich die Wahl eines 1. Bevollmächtigten notwendig, weil Kollege Lichtenberg abgereist ist; aber leider kam die Wahl nicht zustande, da von 107 Mitgliedern nur 16 anwesend waren. Das zeigt doch eine sehr große Interesselosigkeit. Wer in dieser ernsten Zeit die Versammlungen versäumt, schädigt sich und die ganze Tabakarbeiterschaft! Einen ausführlichen Kartellbericht erstattete Kollege Pfitzner, insbesondere hob er hervor, daß am 13. November die Stadtverordnetenwahl stattfindet, daß es da jedes Kollegen Pflicht und Schuldigkeit ist, wählen zu gehen. Und am 17. November findet die Krankenkassenvertreterwahl statt; dazu wurden die Kollegen Schneider und Großmann vorgeschlagen. Im Verschiedenen wurde darauf hingewiesen, die Liegnitzer Volkszeitung zu lesen; worauf es nach einigen Erörterungen zum Schluß der Versammlung kam.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an **W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus)**, Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postscheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an **Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an **Gustav Niendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Zur Beachtung!

Bei der Arbeitslosenunterstützung kommen immer noch viele Irrtümer vor. Viele Bevollmächtigte scheinen noch der Ansicht zu sein, die Arbeitslosenunterstützung für die Sonntage berechnen zu müssen. Das ist falsch; Arbeitslosenunterstützung darf nur für die Wochentage berechnet und ausbezahlt werden. Sonntage sind ausdrücklich davon ausgeschlossen.

An auf Wanderschaft befindliche und nur mit Wanderkarte versehene Mitglieder darf höchstens nur für drei Tage Unterstützung auf einmal ausbezahlt werden.

Ohne Abmeldung abgereist: Von Freiberg i. S., **Paul Michaelis** aus Neuschönefeld (Bez. Leipzig), geb. am 7. Sept. 1854, aufgen. 16. Sept. 1912 in Beitragsklasse 3.

Von Hockenheim, **Herm. Hartmann**, Buch S. II Nr. 51 629, aufgen. 8. Februar 1912. Der Kollege soll in Walldorf sein.

Von Leipzig, **Jakob Koch, Sortierer aus Heidelberg.** Buch S II Nr. 12 833, Beitragsklasse 4. Aufgen. 12. März 1910.

An die oben Genannten darf nach § 4 des Statuts **keine Unterstützung** ausbezahlt werden.

Ausgeschlossen wurden wegen Schädigung der Verbandsinteressen (§ 15 Abs. 2) der Tabakspinner **Karl Bösenberg**, Buch S I Nr. 76 621, in **Münden.** Aufgen. am 5. Juli 1908, Klasse 2.

Ferner in Schönlanke als Arbeitswillige:

Fritz Klatt, Buch S. I Nr. 45 899, eingetr. 1. Januar 1903, Kl. 4.
Anna Buchholz, Buch S. I Nr. 48 539, eingetr. 1. Okt. 1904, Kl. 3.
Emilie Helwig, Buch S. I, Nr. 11 814, eingetr. 1. Mai 1903, Kl. 3.
Anna Gehrke, Buch S. I Nr. 45 887, eingetr. 1. Juli 1907, Kl. 3.
Anna Quast, Buch S. I Nr. 77 234, eingetr. 21. März 1909, Kl. 3.
Martha Petrich, Buch S. I Nr. 26 738, eingetr. 16. Juli 1911, Kl. 3.
Anna Zink, Buch S. II, Nr. 26 718, eingetr. 10. Dezbr. 1911, Kl. 3.
Minna Jungeberg, Buch S. II Nr. 26 732, eingetr. 1. Januar 1912, Klasse 2.
Ida Troge, Buch S. II Nr. 26 715, eingetr. 16. Juni 1912, Kl. 2.
Hedwig Jungeberg, Buch S. II Nr. 48 537, eingetr. 23. Juni 1912, Klasse 2.
Anna Radtke, Buch S. II Nr. 26 703, eingetr. 16. Juni 1912, Kl. 2.
Alice Korilla, Buch S. II Nr. 48 536, eingetr. 23. Juni 1912, Kl. 2.
Auguste Gehrke, Buch S. II Nr. 26 708, eingetr. 4. Febr. 1912, Kl. 2.
Anna Knöpke, Buch S. II Nr. 48 560, eingetr. 7. Juli 1912, Kl. 2.

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 5. bis 11. November:

Gau Hamburg: Hadersleben, Lübtheen.
Gau Braunschweig: Mohringen.
Gau Herford: Niederbecksen, Bentorf, Bielefeld, Salzuflen, Bustedt, Ost-Kilver, Hagen, Klein-Aschen, Spenge, Stift Quernheim, Wellenbrück.
Gau Heidelberg: Zeuthern.
Gau Offenburg: Straßburg, Zunsweier, Kenzingen.
Gau Erfurt: Greiz.
Gau Dresden: Groß-Schönau.
Gau Breslau: Ratibor, Wansen, Trebnitz, Görlitz, Miloslaw.
Gau Berlin: Luckau, Nauen, Wusterhausen, Neuruppin.

Vom Vorstande sind ernannt:

Luckau: Otto Richter 1., Herm. Geitner 2. Bev., Fritz Lehmann, Fritz Funke Kontrolleure.
Celle: Gust. Bohle 1., Ludwig Ellers 2. Bev.
Parchim: Otto Mandaus 2. Bev.

Adressenänderungen.

Luckau: 1. Bev. Otto Richter wohnt Bogenstr. 9, 2. Bev. Herm. Geitner wohnt Kirchstr. 8. Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. zu richten.

Viersen: Der 2. Bev. Wilh. Kremer wohnt Frankfurterstr. 8 IV.
Crefeld: Der 1. Bev. Arnold Leemann wohnt Schlesdohn, Kersenerstraße 70.
Bonn: Der 1. Bev. Gerh. Küppers wohnt Villich-Rheindorf bei Beuel a. Rh., Rheinaustr. 44.
Parchim: Der 1. Bev. Fried. Rudolph wohnt Langestr. 15 II. Der 2. Bev. Otto Mandaus Brook 43 I.
Pr. Oldendorf: Der 2. Bev. H. Franz Wiede wohnt Getmold bei Pr. Oldendorf.

Arbeitsnachweis.

Bünde i. W. Das Bureau der Zahlstelle Bünde i. W. befindet sich Bahnhofstraße 4. Bureaustunden von morgens 8 bis 1 Uhr, und nachmittags von ½4 bis 8 Uhr abends. Mittwochs nachmittags geschlossen. Alle arbeitsuchenden Tabakarbeiter und Sortierer müssen sich erst im Bureau melden.

Döbeln. Der Arbeitsnachweis für die Sortierer und Bekleber befindet sich beim Kollegen Franz Fanta, Döbeln, Stanpitzstraße 18 I.

Zur Notiz für die Sortierer-Kollegen!

Mit der Vereinigung des Sortiererverbandes mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband ist selbstverständlich das frühere Statut des Sortiererverbandes außer Wirksamkeit gesetzt und gilt nur das Statut des Tabakarbeiter-Verbandes, wie es auf der gemeinschaftlichen Generalversammlung in Hamburg beschlossen ist. Trotzdem können einzelne Sortierer sich noch nicht darein finden, und glauben noch immer, nach dem früheren Statut handeln zu können. Dies gilt namentlich von den einzeln zahlenden Kollegen, die am Orte, wo sie arbeiten, keine Zahlstelle des Verbandes haben. Diese Mitglieder haben sich bei dem Gauleiter des Gaues, in welchem sie wohnen, zu melden und auch dort ihre Beiträge zu entrichten. Ebenso müssen sie sich in allen sonstigen Fällen, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit usw., sowie bei Arbeitsvermittlung und vor Annahme einer Stellung auf Grund von Zeitungsangeboten, an die Gauleiter wenden. Bevor vom Gauleiter keine Bestätigung vorliegt, daß die in Frage kommenden Mitglieder nicht freiwillig die Arbeit aufgegeben und die neue Stellung auf ordnungsmäßigem Wege erhalten haben, kann weder Reise- noch Umzugsgeld bezahlt werden. Wer freiwillig die Arbeit aufgibt, darf nur für drei Tage die Arbeitslosen-Unterstützung erhalten und muß sich dann, mit Wanderkarte versehen, auf die Wanderschaft begeben. Diese Bestimmungen gelten auch für diejenigen Mitglieder, die in den Zahlstellen selbst wohnen, nur daß dort die Ortsverwaltung die Funktionen des Gauleiters übernimmt.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.

Parchim: A.-U. und K.-U. bei Otto Mandaus, Brook 43 I, wochentags von 12 bis 12¾ Uhr mittags und abends 7 bis 8 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags.

Vom 5. bis 11. November 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen. V. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge, P. = Protokolle der Generalversammlung.

1. November: Dresden V. 500.—. Altenbuseck V. 20.—. Wieseck V. 190.—. Heuchelheim V. 100.—. Oederan V. 100.—. **2. November:** Glatz V. 70.—. **3. November:** Ansbach V. 100.—. Parchim V. 50.—. **4. November:** Holsen V. 300.—. Zirke V. 80.—. Oldendorf in Hessen V. 100.—. Lahr V. 30.—. Merseburg V. 130.—. Oberhausen V. 65.83. Neuendorf V. 34.64. Tangermünde V. 65.—. Berlin V. 500.—. Ratibor V. 40.—. Orsoy V. 300.—. Wiesbaden V. 64.60. Harburg V. 60.—. Cölleda V. 75.—. Bischofswerda V. 95.—, E. 5.—. Trebnitz V. 200.—, E. 0.25. Sorau V. 50.—. Schmölln V. 250.—. Bretnig V. 100.—. **5. November:** Eberswalde F. 20.—. Sprottau V. 50.—. Liegnitz V. 100.—. Balldorf V. 100.—. Delmenhorst V. 100.—, E. 2.50. Niederbecksen V. 100.—. Schwerin a. W. V. 130.—. **6. Novbr.:** Dresden V. 1500.—. **8. Novmeber:** Görlitz V. 688.25, E. 11.75. Goch V. 200.—. Großschönau V. 30.—. Zerbst V. 50.—, P. 0.60. Böckingen V. 300.—, E. 4.50.

Bremen, den 11. November 1912.

W. Nieder-Welland, Kassierer.

Statistik für das Kaiserliche Statistische Amt

An die Gauleiter!

Trotz der vielen Hinweise auf die Wichtigkeit der statistischen Angaben halten eine Reihe Bevollmächtigter es immer noch nicht für nötig, diese Angaben zu machen oder schicken die Karten so spät ein, daß sie nicht mehr mit berücksichtigt werden können.

Wir ersuchen nun dringend die Gauleiter, die Bevollmächtigten ihres Gaues über die Wichtigkeit der Statistik aufzuklären und sie zur pünktlichen Einsendung der Angaben anzuhalten.

Von folgenden Zahlstellen ging für den Monat August keine Angabe ein:

Gau Hamburg: Uetersen, Bergedorf, Bassum, Sulingen.
Gau Braunschweig: Clausthal, Goslar, Hedemünden, Münchehof, Genthin.
Gau Nordhausen: Lützensömmern, Altmorschen, Gertenbach.
Gau Herford: Ahle, Werste, Soest, Stift Quernheim, Wellbrück, Lage, Südspenge.
Gau Cöln: Aachen, Crefeld, Emmerich, Neuwied, Oberhausen, Luxemburg.
Gau Frankfurt: Hanau, Langeselbold, Bad Orb, Rückingen, Offenbach, Wiseck.
Gau Heidelberg: Pfungstadt, Mannheim, Reilingen, Unteröwisheim, Lachen, Walldorf.
Gau Offenburg: Kenzingen, Zunsweier, Straßburg.
Gau Karlsruhe: Nürnberg, München, Heidenheim, Lauffen, Schönaich, Schorndorf, Baden-Baden.
Gau Erfurt: Creuzburg, Mihla.
Gau Dresden: Tannenberg, Zwenkau, Meißen, Mittweida, Wittenberg.
Gau Breslau: Bunzlau, Greifenberg, Trebnitz.
Gau Berlin: Velten, Belzig, Eberswalde, Finsterwalde, Fürstenwalde.
Gau Elbing: Danzig, Schönlanke.

Mitglieder-Versammlungen.

Wer in dieser ernsten Zeit die Versammlungen versäumt, schädigt sich und die ganze Tabakarbeiterschaft!

Sonnabend, den 16. November:

Altenburg: Ab. 8½, Gewerkschaftshaus. Wichtige T.-O.! Vortrag.

Sonntag, den 17. November:

Neckarhausen: In der „Krone".
Enger: Nachm. 4, b. Niermann. Ref. Gauleiter Schlüter

Dienstag, den 19. November:

Meuselwitz: T.-O. wird bekannt gegeben.

Mittwoch, den 20. November:

Eisenberg: In Hartmannsdorf.

Sonnabend, den 23. November:

Löwensen-Thal: Ab. 8½, bei W. Nowag in Löwensen. T.-O.: Abrechnung; Vortrag des Gauleiters Schlüter: Das Hausarbeitsgesetz.

Kein Tag angegeben:

Freiberg: Ab. 8½, Union, kl. Saal. T.-O.: Vortrag des Kollegen G. Keller: Invalidenversicherung; Verschiedenes.

Gestorben:

Am 9. November zu Moringen der 1. Bevollmächtigte und Gründer der Zahlstelle Moringen **Karl Voges** aus Schlachtenbeck.

Ehre seinem Andenken!

Neueste direkte Einkäufe bei den Einschreibungen

vom 18. Oktober in Amsterdam:

Sumatra: Schneeweißer Brand!

		verzollt
No. 1825.	Deli My /D/ Lankat VV 2. Vollblatt 2. Länge, prachtvoll reinfarbiger fahler Linksroller	Mk. 9,20
No. 1826.	Deli My /D/ Lankat VV 1. Vollblatt 1. Länge, wunderschöner reinfarbiger fahler Linksroller	Mk. 9,50
No. 1827.	Deli My /PG/ VV3. Vollblatt 3. Länge, reinfarbig, matt, hervorragend schön. Vorzügl. Offerte für gute Zwecke	Mk. 4,80
No. 1828.	Deli My /D/ Lankat V 1. Vollblatt 1. Länge, ganz hellfahl und reinfarbig, ausserordentlich preiswert.	Mk. 7.—

vom 21. Oktober in Amsterdam:

Vorstenlanden: Schneeweißer Brand!

		verzollt
No. 1821.	Djoewiring. Vollblatt 2. Länge, **ganz hell matt,** total reinfarbig, ganz zartes, sehr breites Blatt....	Mk. 3,60
No. 1822.	Ketandan. Vollblatt 2. Länge, durchweg reinfarbig **fahl,** ganz zartes, sehr breites Blatt	Mk. 4,—
No. 1823.	Krian. Vollblatt 1. u. 2. Länge, ganz reinfarbig matt und links **hellfahl.** Ganz zartes, sehr breites Blatt	Mk. 4,50
No. 1824.	Krian. Vollblatt 2. Länge, **schwarz,** reinfarbig, breitblattig, sehr deckfähig, seltene Offerte!.....	Mk. 3,75

Alle diese Tabake, auch die Vorstenlanden, brennen schneeweiß

Neu aufgenommen:

Tüllen

aus Pockholz zum Kalttüllen. Für jedes Fasson vorrätig.

Pro Stück **45 Pfg.** 10 Stück **Mk. 4.—**

Zigarrenkisten

aus Erlen- und Zedernholz. Anfertigung in jeder Grösse!

Billigste Preise!

Gebrauchte

Zigarrenkisten

Echte 1/20 Kistchen in vielen Grössen vorrätig.

Preis **10 Pfg.** pro Stück

Beachten Sie die Offerten meines November-Kataloges!

Heinrich Franck

Berlin N. 54 :: Brunnen-Strasse 22

Gegründet 1879 **Postscheckkonto: Berlin 1738** **Telephon: Amt Norden 4352**

Hermeking & Boy

Berlin I., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. **Vollblatt,** 2. und 3. Längen à 250 bis 500 ₰, hell ff. 600 ₰.
Vorstenlanden-Decke, dunkel, bester **Mexiko-Ersatz,** à 260 ₰. helle Lehrdecke à 300—400 ₰.
Java-Einlagen à 110—125 ₰.
Java-Aularbeiter à 130—145 ₰.
Java-Umblatt à 150—190 ₰.
Mexiko-Decke ff. 450 ₰.
Brasil à 150—190, **Decke** à 350 ₰.
Havanna à 350 ₰, **Cuba** à 200 ₰.
Domingo à 120—170 ₰.
Carmen à 120—155 ₰.
Uckermärker Ia. à 105 ₰.

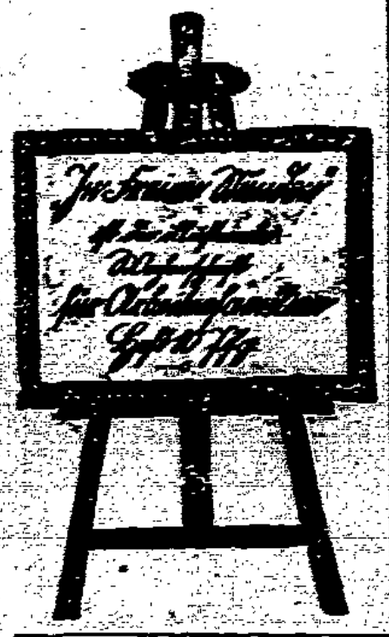
Losgut Blattware, à 105 ₰ m. Deckblatt-Kamponagen à 125 ₰.
Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene. Schiffchen-Abdrücke gratis und franko.

Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verschraubt, Holzfuß- u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung, 4eckige Träger, sonst 11 M., nur..... **10 M.**

Preiskasten, Bündelböcke, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten. Gummi-Tragant.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe.

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis.



Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10

Alle Sorten **in- u. ausländischer Tabake** zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fahl, 260 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und seidig, 300 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitätstabak, 320 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitätstabak, 350 ₰.
Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfahl, 200 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. Lg. Vollblatt, hellbraun, 260 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Lg. Vollblatt, hell, 330 ₰.
Brasil-Decker, tiefschwarz, sehr günstig deckend, 240, 270 ₰.
Mexiko-Decker, dunkler Qualitätstabak, 3 Pfd. deckend, 400 ₰.
Java-Umblatt, altes Vollblatt, 140, 150, 160, 170 ₰.
Domingo-Umblatt, großblattig, trocken, 120, 135 ₰.
Carmen-Umblatt, zart, gutschmeckend, 120, 130, 140 ₰.
Erdbeer, feine Qualität, 145 ₰.
Java-Einlage 105, 110, 115 ₰.
Carmen-Einlage 105, 110 ₰.
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 ₰.
Losgut, allerbeste Ware, viel Umblatt, 100 ₰. [8

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, **auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.**

Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken.
Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis

für Deckblatt-Tabake:
I. Sortierung per Pfund **3.00** Mk. verz.
II. Sortierung per Pfund **2.50** Mk. verz.
III. Sortierung per Pfund **2.00** Mk. verz.

von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund **1.50** Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund **1.30** Mk. verzollt.

Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt **1.10** Mk. verzollt. [17

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Prima Qualitäts-Umblatt „Seti"

2. Länge, sehr lieferungsfähig **1.60 M.** pro Pfund verzollt.

Helle Sumatra-Decke

2. Länge Vollblatt. Hervorragend in Brand und Geschmack. Pro Pfd. **3.25 M** verzollt. [13

Beordern Sie Muster!

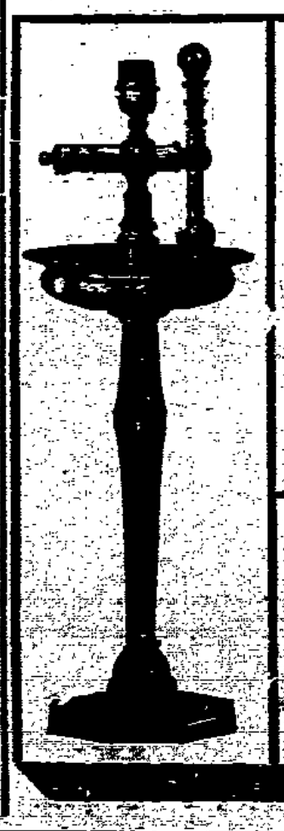
Ferner empfehle

Utensilien zur Zigarren-Fabrikation

insbesondere: Meine **bekannte festeingeführte Wickelmaschine,** pro Stück M. 18, **Formenpressen,** Ia Material, von M. 7.75 an, **Zigarrenband,** Rolle à 50 m von 45 ₰ an, **echt engl. Amlac sec.** pro Pfund M. 1.75, **Tragant** von M. 1.50 pro Pfund an, **Tabakanfeuchter (Zerstäuber)** in unerreicht schöner Zerstäubung von 75 ₰ an, **prima Einschlage-Papier,** blau, pro Pfund 17 ₰.

Ill. Kataloge gratis und franko.

Musterzimmer und Verkaufslager für Hamburg und Umg.:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.



L. COHN & CO.

BERLIN

24 Brunnenstrasse 24

Zum bevorstehenden

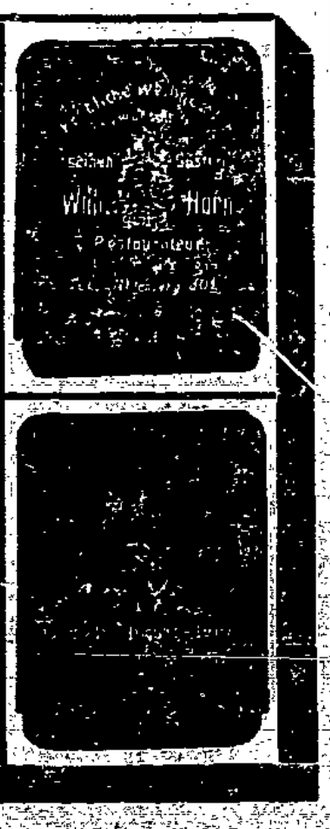
Weihnachts-Feste

1/40-Weihnachtskistchen in jeder Grösse, jedes Quantum sofort lieferbar

Als Geschenkartikel empfehlen:

Cigarren-Anzünder :: :: :: ::
Cigarren-Abschneider :: ::
Cigarrenkistchen m. Musik
Cigarrentasch. m. Widmung

Fordern Sie sof. Liste 3



Rohtabak-Handlung

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen

Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25

Carl Roland, Berlin SO. 26

Kottbuserstraße 4. [5

Sumatra-Tabake M. 1,60, 2,50, 3,20, 3,50, 3,80, 4.00, 5,50. Vorstenland-Decken M 2,70, 3,10, 3,60. Java-Einlage M 1,20, 1,30, 1,40. Java-Umblatt M 1,75, 1,85. Brasil M 1,30, 1,50, 1,85. Alle anderen Tabake billigst; reellste Bedienung.

Eine Tabakfirma, welche die billige Fabrikation aufgibt, hat

einige 1000 Stück Faltschachteln

sehr billig abzugeben. Offerten unter **S. D.** an die Expedition d. Bl.

Verantwortlicher Redakteur: G. Riesbeck. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, E. Deichmann. Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. G. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.